

offensiv links

bewegung für sozialismus f6j



...entschuldigen
Sie bitte die
Störungen...

S 8.—
nr. 46
oktober/november
1978

ORF:

Comeback des Rechtsauslegers

Inhalt

- 3 Warum NEIN zu Zwentendorf?
- 4 Interview mit R. Jungk:
AKWs und dann?
- 6 ORF: Comeback des Rechtsauslegers
- 8 betrifft rechtsstaat:
Vom Unglück, Recht zu haben
- 9 Leserbriefe: Leicht riskant
- 10 alltägliche geschichten
- 11 Rotes Wien: Erinnern, um zu vergessen?
- 13 Wahlen 1978
- 14 Dokumentation: Kommunalen Wohnbau
in Wien
- 19 Erklärung der BfS zur Arbeiterkammer-
Wahl 1979
- 20 Eurokommunismus: Kritik an den Thesen
- 22 Bahro-Kongreß
- 24 Gegen Psychologengesetz
- 25 Kreisky zwischen Antisemiten und
Zionisten
- 27 Naher Osten:
Friede den Palästen, Krieg den Hütten
- 28 Nicaragua: Somoza vor dem Sturz?
- 30 Bücher, Zeitschriften

offensiv
links
bewegung für sozialismus f0j

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebensfähigkeit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgasse in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (f0j). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof). Telefon: 33 83 374. ● Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52. ● Einzelpreis: S 8,- ● Abonnement: S 80,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976. Länderbank Wien.



Zu diesem Heft

Dieses Heft erscheint zwischen zwei für die österreichische Innenpolitik wichtigen Terminen: am 8. Oktober fanden in Wien und der Steiermark Landtags- und Gemeinderatswahlen statt, am 5. November fällt durch die erste Volksabstimmung seit Bestehen der Zweiten Republik die Entscheidung über das AKW in Zwentendorf.

Die zwei kommunalpolitischen Beiträge verlieren u. E. nichts an Aktualität rückblickend auf die Wahlen in Wien. Im Gegenteil: vielleicht wird die SPÖ-Schlappe im Lichte einer umfassenderen Kritik sozialdemokratischer Kommunalpolitik im „Roten Wien“ im Vergleich zur Gegenwart sogar verständlicher.

Für die Regierung Kreisky wird am 5. November nicht nur über eine bestimmte Form von Energiegewinnung, sondern auch über ihre eigene Zukunft eine Vorentscheidung fallen. Nach der Bacher-Blamage mit dem Denktzettel in Wien wäre ein – nicht mehr wie anfangs völlig unwahrscheinlich erscheinendes – mehrheitliches NEIN wohl der letzte zwingende Anlaß zu einer größeren innerparteilichen Flurbereinigung.

Entsprechend der Gleichgültigkeit dieser Themen gibt es in diesem Heft nicht einen, sondern mehrere Schwerpunkte, zu denen noch die deutlich in Gang gekommene Eurokommunismus-Debatte gezählt werden kann, die wir in den nächsten Nummern verstärkt weiterführen wollen.

Warum NEIN zu Zwentendorf?

Wir sind keine Maschinenstürmer, aber auch keine hoffnungslosen Romantiker, die „zurück zur Natur“ wollen.

Wir sind weder erzreaktionär, noch drohen wir damit, Bomben zu werfen.

Wir lieben nicht die ÖVP, geschweige denn die FPÖ oder die NPD.

Wir sind aktive Gewerkschafter, die sich mit Gegenwart und Zukunft der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung beschäftigen, die sich für eine fortschrittliche und gesellschaftsverändernde Politik der Gewerkschaften engagieren.

Diese „privaten“ Vorbemerkungen sind notwendig, da in sämtlichen offiziellen und SP-nahen Gewerkschaftspublikationen die Atomkraftwerksgegner zwar nicht zu Wort kommen, dafür aber als Spinner, finstere Reaktionäre oder als „fast“-Terroristen disqualifiziert werden.

Wir arbeiten aktiv in der überfraktionellen „Initiative Gewerkschafter gegen AKW“, weil wir meinen, daß die Entscheidung „pro oder kontra“ Zwentendorf von schwerwiegender Bedeutung für die Zukunft Österreichs ist.

In der ÖGB-Presse wird diese Initiative, die von dutzenden Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären aller Fraktionen getragen wird, ebenso totgeschwiegen wie unsere Argumente gegen die Verwendung der Kernenergie. Und schließlich: in der ÖGB-Presse werden Tatsachen schlicht und einfach entstellt. So heißt es in der Oktober-Nummer der „Solidarität“, daß der ÖGB sich gründlich mit der Thematik befaßt hätte. Daraus habe sich der ÖGB-Beschluß pro Zwentendorf ergeben.

Unbestreitbar ist jedoch, daß viele Kollegen, die der Verwendung von Atomkraft nicht negativ gegenüberstehen, ihr Unbehagen und ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß der Bundesvorstand eine eindeutige „Pro-Zwentendorf“-Erklärung abgegeben hat, bevor eine ausführliche Diskussion im gewerkschaftlichen Bereich durchgeführt wurde. Mit Recht wird die Art der Beschlußfassung als undemokratisch bezeichnet.

Diese Entwicklung im ÖGB halten wir für äußerst bedenklich.

Nachstehend die wesentlichen Argumente, die uns dazu gebracht haben, gegen das AKW Zwentendorf zu sein:

„Technischer Fortschritt“ dient nicht zwangsläufig der Menschheit

Viele Befürworter, die sonst mit unseren gesellschaftspolitischen Zielen übereinstimmen, gehen bei ihrer Stellungnahme davon aus, daß die Verwendung der Kernenergie eine Weiterentwicklung von Produktivkräften darstelle und daher fortschrittlich sei. Nicht die Kernenergie sei zu bekämpfen, sondern das System, das diese Technologie mißbrauchen könnte.

Nun, Zwentendorf wird im kapitalistischen Österreich errichtet, das allein wäre schon ein Grund, gegen AKW's zu sein. Doch wir halten auch die These von der „Wertfreiheit“ der Kernenergie für problematisch. Aus dem Betrieb von Atomkraftwerken ergeben sich logische Konsequenzen: Ausbau der Großtechnologie in Ballungszentren; Entwicklung von Plutoniumökonomie mit allen damit verbundenen Risiken, Verminderung der Forschungsmittel für Alternativenergie, etc. Die Kernenergie würde sich damit zwangsläufig von einer Produktivwirtschaft zur Destruktivkraft wandeln.

Wir sind für andere als die offiziellen Produktionsziele: Statt Gigantomanie eine flexible, dezentrale, überschaubare Produktion, statt Produktion von Wegwerfgütern Verbesserung der sozialen Dienstleistungen und Ausbau der Infrastruktur, statt umweltzerstörende, umweltschonende Produktion. Die Inbetriebnahme von AKW's erschwert eine derartige Entwicklung.

AKW's und Atombomben sind siamesische Zwillinge.

Weil wir schon immer den Rüstungswahnsinn und damit die Atombomben bekämpfen, stellen wir uns entschieden gegen Atomkraftwerke. Es sind die gleichen Riesenkonzerne, die an der Rüstungsindustrie verdienen, die auch an den AKW's in aller Herren Länder profitieren. Jedes AKW ist eine potentielle Atombombe, das wissen auch die Befürworter. Je mehr Staaten AKW's in Betrieb haben, desto größer die Gefahr eines nuklearen Wahnsinns.

Die „Pro Zwentendorf“-Agitatoren behaupten:

Mehr Energie sichert Wirtschaftswachstum und dadurch Arbeitsplätze

Diese Argumentation wird durch die gesellschaftliche Realität in den hochindustrialisierten westlichen Staaten eindeutig widerlegt. Die Arbeitslosigkeit ist eben ein gesellschaftliches Problem, das nicht unbedingt von der Menge der vorhandenen Energie abhängig ist. Das beweisen die hohen Arbeitslosenzahlen in den USA, in der BRD usw.

Sicherheitshalber: „Nein!“

Nicht zuletzt machen wir uns Sorge um die Sicherheit von Zwentendorf. (Wobei es klar ist: wer „Ja“ zu Zwentendorf sagt, sagt auch „Ja“ zu weiteren Atomkraftwerken)

Ärzte, Geologen, Physiker, Ökologen sind sich über die Gefahren der Kernenergie uneinig. Wer diese Meinungsunterschiede bagatellisiert, wer die ernstesten Einwände von Wissenschaftlern beiseiteschiebt, wer sich ausschließlich auf die Befürworter orientiert, handelt verantwortungslos gegenüber der gesamten Menschheit.

Wir sind in Österreich in der glücklichen Lage, kein Risiko eingehen zu müssen, da das AKW Zwentendorf weder ökonomisch noch aus Energiemangel dringend notwendig ist. Umso leichter müßte die Entscheidung gegen Zwentendorf sein.

Es wären noch eine große Anzahl ernstzunehmender Argumente gegen Zwentendorf anzuführen (wie Gefahr des Atomstaates, Probleme der wirtschaftlichen „Rentabilität“, der Ökologie, usw.). Gründe genug, am 5. November als Gewerkschafter „Nein“ zu Zwentendorf zu sagen.

In einem haben die Befürworter jedoch Recht:

„Zwentendorf ist das sicherste Atomkraftwerk der Welt“, aber nur solange es nicht in Betrieb genommen wird.

*Lauber Walter, Betriebsratsobmann,
Spedition „Expreß“
Margulies Hans, Sekretär der GE* ■

Interview mit R. Jungk: AKWs und dann?

Offensiv Links dankt der Redaktion ab - „die andere Zeitung“, Frankfurt/Main, für die Genehmigung zum auszugsweisen Nachdruck.

Patrick Schneider: Der Titel Deines neuen Buches, das jetzt bei Kindler herauskommt, lautet: „Der Atomstaat“. Während in der bisherigen Diskussion über die Folgen der Atomkraft vor allem umwelt- und gesundheitspolitische Aspekte eine Rolle spielten, versuchst Du in diesem Buch aufzuzeigen, wie einschneidend sich das staatliche Leben in den Ländern verändern wird, in denen Atomkraft zum hauptsächlichsten Energielieferant wird.

R. Jungk: Ich nehme die Umwelt- und Gesundheitsproblematik durchaus ernst. Aber es kommt dazu die Tatsache, daß die Einführung von Kernkraft in großem Stil eine ganz andere Gesellschaft mit sich bringen muß. Man kann es auch umgekehrt ausdrücken: jene zentralisierte und repressive Gesellschaft, die in Ansätzen jetzt schon vorhanden ist, erhält durch die Einführung dieses Energieträgers ihre Scheinlegitimation. Diese neue Technologie ist nämlich so gefährlich, daß jeder Staat, auch wenn er zur Zeit noch freiheitlich organisiert ist, was es ja kaum gibt, gezwungen wäre einen Großteil der Freiheitsrechte seiner Bürger abzubauen. Und zwar mit der Begründung, daß nur so dieser neue Industriekomplex ausreichend geschützt werden kann.

Einmal aus betriebsinternen Gründen. Die in diesem Bereich anfallenden Arbeiten verlangen von den dort Beschäftigten ein Höchstmaß an Konzentration. Fehler dürfen nicht vorkommen. Das bedeutet, daß nicht einfach Arbeiter eingestellt werden können, sondern alle Bewerber müssen ausgeklügelten Eignungs- und Prüfungstests unterworfen werden. Diese Überprüfung muß laufend fortgesetzt werden. Dieser Arbeitsplatz erlaubt auch nicht mehr die leichteste Form der Entspannung. Die Technologie erzwingt also eine bis ins kleinste Detail ausgearbeitete Menschenführung und -kontrolle.

Dazu kommt, daß man aus Furcht vor möglicher Sabotage, diesen Industriekomplex in bisher noch nicht dagewesener Weise absichern muß. Diese Schutzmaßnahmen können und dürfen nicht auf das Werk beschränkt bleiben, da ja Herstellung und Transport des Materials mit Hilfe von zahlreichen

Mitarbeitern erfolgt. Da ist einmal der vorher geschilderte Kreis der direkt Produzierenden. Dann gibt es den Kreis der Zulieferer. Es gibt in der Bundesrepublik jetzt schon etwa 4.000 Betriebe, die in irgendeiner Weise an der Produktion von Atomkraft beteiligt sind. Es gibt nun eine neue Regelung, die vorsieht, daß alle an einem solchen Bauprojekt Beteiligten wie Träger der höchsten Geheimhaltungsstufe behandelt und überprüft werden müssen.

Der dritte Kreis besteht aus den Leuten, die in der Nähe einer solchen Kernkraftanlage leben oder in der Nähe von Lagerhäusern. Anreicherungsgelegenheiten. Zum vierten Kreis gehören z. B. alle Straßen, die für nukleare Transporte benutzt werden. Es werden ja ständig angereicherte Brennstäbe an die Werke abgeliefert und abgebrannte transportiert. Zum fünften Kreis, der schon kaum noch zu überschauen ist, gehören alle potentiellen Gegner. Also alle, die irgendwo kritisch zur Staatsmacht stehen. Diese möglichen Atomgegner müssen aus Sicherheitsgründen ebenfalls erfaßt und alle Angaben über sie gehortet werden.

Ich habe diese Befürchtungen bis vor kurzem auch nicht ernst genommen. Ich habe mir einfach nicht vorstellen können, daß sozusagen Amateure eine Atombombe basteln könnten. Die Pläne für solche primitiven Bomben wurden ja von den Amerikanern relativ früh veröffentlicht. Das schien ungefährlich zu sein, weil nach damaliger Ansicht zum Bau einer solchen Bombe hochwertiger Brennstoff notwendig war. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß diese Voraussetzung hinfällig ist. Für eine Waffe, die man nicht gezielt verwendet, sondern einfach explodieren läßt, genügt weniger reines Plutonium. Und zwar genau das, das in den heutigen Reaktoren anfällt.

Dazu kommt, daß man das Plutonium nicht unbedingt platzen lassen muß, sondern auch zerstäuben kann. Dazu braucht man noch sehr viel weniger technisches Zubehör.

Patrick Schneider: Was sich hier an industrieller und staatlicher Entwicklung abzeichnet, wird bei uns von Sozialliberalen verantwortet und jener industrielle Trend von den Gewerkschaften sogar noch zu forcieren gesucht. Wie siehst Du dieses Bündnis?

R. Jungk: Die Gewerkschaft argumentiert: mehr Strom bedeutet mehr Ar-

beitsplätze. Das mag sogar kurzfristig zutreffen. Aber es muß mit dem Preis rechtsstaatlichen Verlustes bezahlt werden, den ich zuvor anzudeuten versucht habe. Und was dazu kommt sind erhöhte Kriegschancen. Denn 90 % der produzierten Anlagen sind ja für den Export gedacht und nur zehn Prozent werden hier eingesetzt. Bereits feststehende Exportländer sind der Iran, Brasilien, Pakistan und Südafrika. Wir wissen heute, daß der Export von Kernkraftwerken im Grunde der Export von Bomben ist. Denn es ist natürlich für einen Staat noch leichter als für eine kleine Gruppe von Leuten, die sich Bomben zur Erpressung bauen, Bomben herzustellen. Nun machen die heute einen ganz interessanten Trick: man baut die Bombe nicht zusammen. Die einzelnen Bestandteile lagert man. Wenn die Südafrikaner z. B. behaupten, sie hätten keine Bombe, dann stimmt das. Sie können aber die Bombe innerhalb von Stunden zusammensetzen.

Das, was mich an diesem Problemkreis fast verrückt macht, ist, daß man sich zu sehen weigert, in welche Welt der nuklearen Bewaffnung, im Inneren wie im Äußeren, man da hineinsteuert. Das sieht heute alles noch harmlos aus. Wir haben fünf bis sechs Atommächte. 1985 werden wir bereits etwa vierzig haben. Dazu kommen dann die wachsenden inneren Spannungen. Wir werden dann in einer Welt leben, die so explosiv geworden ist, daß es jeden Moment irgendwo krachen kann und muß. Diese Konsequenz ist den Leuten in der Gewerkschaft oder Sozialdemokratie nicht klar geworden oder wenn sie sie sehen, dann wird sie herunterzuspielen versucht. Es wird eine schrecklich verharmlosende Sicherheitsphilosophie verbreitet. Wir werden das schon alles im Griff behalten. Ein Beispiel für diese Verharmlosungsstrategie ist die Internationale Atombehörde. Sie soll verhindern, daß Reaktoren zum Bombenbau benutzt werden. Für die ganze Welt gibt es sechzig bis hundert Inspektoren. Und die haben nicht mal Zutritt zu den Anlagen. Das haben übrigens die Westdeutschen durchgesetzt. Aus Angst vor Werkspionage. Die Inspektoren bekommen also nur den Materialfuß zu sehen und diese Buchführung kann man natürlich ohne weiteres fälschen. Das ist eine Beruhigungskampagne wie sie seit altersher von Mächten betrieben wird, um die Bürger auf Ruhe zu trümmen. Und ich sehe es als meine Bürgerpflicht

an auf diese Dinge hinzuweisen und die Bürger unruhig zu machen.

Patrick Schneider: Ein anderer Aspekt, der zur Korruption von Wissenschaft beiträgt, ist die Ausrichtung von Wissenschaft an sogenannten Projektvorgaben. Kannst Du die damit verbundenen Gefahren an einem Beispiel aus dem Bereich der Atomenergie verdeutlichen?

R. Jungk: Der schnelle Brüter in Kalkar wird ja inzwischen selbst von denen, die ihn machen, als Unglücksprojekt eingestuft. Da hat es eine ganze Reihe falscher Ansätze gegeben. Man hat dann die verschiedensten Konzepte zusammenzubauen versucht. Er sollte sehr viel früher fertig werden. Die Kosten wurden anfangs mit 150 Millionen Mark veranschlagt und inzwischen rechnet man, daß er auf acht Milliarden Mark kommen wird. Der Mann, der das ganze Unternehmen besonders protagiert hat, ist Prof. Wolf Häfele. Er ist der Leiter des Instituts in Karlsruhe gewesen, das sich mit der Entwicklung der Brütertechnik beschäftigt hat. Er hat z. B. 1969 bei einem Hearing im Bundestag gesagt, alle Probleme seien geklärt und im nächsten Jahr könne mit dem Bau begonnen werden. Und das zu einem Zeitpunkt, wo protokollarisch feststand, daß es allein noch achtundvierzig ungelöste technische Probleme gab. Er ist aufgetreten wie ein Filmkaufmann der noch keine Gelder hat und ein fertiges Drehbuch vortäuscht, um an diese Gelder zu kommen. Motto: gebt uns erst mal das Geld, dann schaffen wir es schon. Diese Haltung ist mit ein Grund gewesen, warum ihm dann ein Institut nicht genehmigt wurde, auf das er scharf war. Und jetzt ist der Mann – das ist das Tragische – Vizedirektor an einem internationalen Institut in Luxemburg und ist der große Mann, der Energieprognosen veröffentlicht.

Häfele hat jetzt einen neuen Begriff entwickelt, den der Hypothizität. D. h., er vertritt die These, daß wir uns in einem Stadium der technischen Entwicklung befinden, wo viele unserer Anlagen nur noch auf Hypothesen gegründet werden können und nicht mehr auf Versuche. Zuerst wird die Hypothese gemacht, dann das Ding hingestellt und am Laufen oder Nichtlaufen wird sich herausstellen, ob die Hypothese stimmt oder nicht. Das ist ein völlig neues Vorgehen. Bis jetzt hat man technische Anlagen erst herausgelassen nachdem sie im Laboratorium genau durchgetestet worden waren. Da war fast ausgeschlossen, daß etwas passiert. Dieses Vorgehen ist bei einer Kernkraftanlage nicht möglich. Die läuft, bevor sie als Ganzes erprobt wurde. Eine so komplexe Anlage ist nun einmal nicht zuvor im Laboratorium zu überprüfen. Deshalb stellt man sie einfach mal in die Landschaft und wartet ab. Und diesen Leichtsinn versucht Häfele nun mit seinem Kon-

zept der Hypothizität zu begründen. Die Projekte hätten ein solches Ausmaß erreicht, daß nur noch Teilstests möglich seien und wie die Teile zusammenarbeiten, das müsse sich in der Praxis erweisen. Aber das ist ja genau das Problem, ob sie in der Praxis zusammenarbeiten. Das ist heute ein geradezu verbrecherisches Vorgehen, z. B. in Malville – also in der Nähe von Lyon und Grenoble – eine unerprobte Anlage ins Feld gesetzt wird und einzukalkulieren, daß die Anlage hochgeht.

Patrick Schneider: Welche Gefahren und Chancen siehst Du bei der Anti-Atomkraft-Bewegung?

R. Jungk: Ich habe ja schon früher in der Anti-Atomwaffen-Bewegung mitgemacht. Die ist dann abgestorben, weil sich Russen und Amerikaner auf einen Teststop einigen konnten. Die wurde viel zu früh abgebrochen, auch weil in der Bundesrepublik damals noch keine Atomwaffen gebaut wurden. So konnte man sagen: das geht uns nichts an. Das Problem war zu fern und zu abstrakt, als daß sich eine große Mehrheit betroffen fühlen konnte.

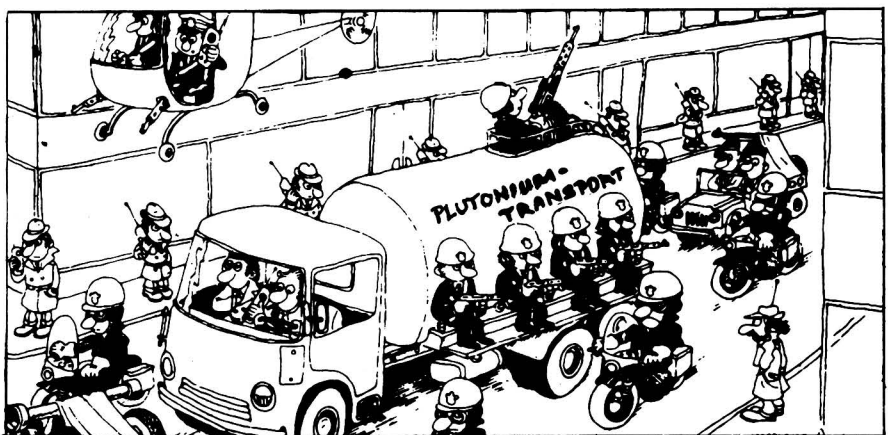
Das ist jetzt anders. Die neue Bewegung wird aus zwei Gründen nicht so schnell absterben, wie manche Leute glauben. Einmal: Bomben liegen weit entfernt irgendwo in einem Militärlager. Reaktoren stehen mitten in der Landschaft. In Mühlheim bei Neuwied zum Beispiel steht der Reaktor direkt neben der Bahnanlage. Da fährt man direkt vorbei. Deshalb richtet sich der Protest nicht gegen etwas, das man nicht sieht.

Diese Anti-Bewegung muß meiner Meinung nach außer dem „Anti“ auch neue Konzepte und eine alternative Technologie entwickeln. Also Modelle einer sanften Technik und einer dezentralisierten Gesellschaft. Kritik und Gegenbewegung begreife ich als Diagnose, als Ausdruck des Schmerzes. Aber man muß nach der Diagnose auch eine Therapie entwickeln. Wer immer nur bei der Diagnose stehenbleibt und sich nicht Gedanken über die Heilung macht, der wird auf die Dauer unglaubwürdig und ihm fehlt mit der Zeit auch der persönliche Anstoß, aktiv zu werden. Es

gibt auf der ganzen Welt eine recht breite Bewegung, die alternative Formen des Lebens und der Technik erprobt, die aber bisher noch nicht durchgebrochen ist. Die Antiatombewegung muß, um auf die Dauer wirksam zu sein, neue Lebensformen sichtbar machen. Nur darf und kann das nicht von oben, also von Ideologen geschehen, sondern kann nur von der Basis der Bewegung selbst kommen. Jede Gruppe, jeder Berufszweig müßte seine Konzepte entwickeln, die man dann miteinander vergleicht und zusammenführt. Nur so ist garantiert, daß es wirklich eine Veränderung von unten wird, und nicht von oben. Ob das machbar ist, weiß ich nicht. Aber es gibt Zeichen, die Mut machen. So haben wir heute immer mehr eine Art Gegenpresse, Gegenrundfunk und -Fernsehen. Es gibt inzwischen eine Technologie der dezentralisierten Gegeninformation: siehe die Videogruppen, die Vielfältigungsmöglichkeiten. In diesen Prozeß werden immer mehr Menschen einbezogen, die man zwar immer wieder unterdrückte, die aber auch wieder aus dem Untergrund auftauchen werden. Ich sehe das Ganze als eine Art Doppelbewegung: es ist eine Anti- und eine Pro-Bewegung, die sich mit der Zeit ihre eigenen Instrumente schafft. Mein letztes Kapitel heißt „Der sanfte Weg“ und dort gehe ich auf dieses Problem ein und sage, daß die jetzige Entwicklung an die Geschichte des frühen Christentums erinnert, das sich ja gegenüber dem antiken Rom durchsetzen mußte.

Wahrscheinlich steht uns wie den Christen eine Zeit in den Katakomben bevor. Ich glaube, daß der starke Staat mit seinen Kontroll- und Repressionsmöglichkeiten zunächst einmal einen Sieg davontragen wird. Aber es wird ein Pyrrhussieg sein. Und er wird zerbrechen wie das römische Imperium zerbrochen ist, wie Hitler schließlich kaputtging. Es hat noch nie eine Tyrannei überlebt. Man muß sich aber für die Zeit des Untergrundes und für die Zeit danach vorbereiten. Ich persönlich glaube, daß wir in sehr sehr schwere Jahre hineingehen.

(aus: az Nr. 26)



Comeback des Rechtsauslegers



„Der Rundfunk ist primär eine Angelegenheit der Unterhaltung, ist primär eine Angelegenheit der Vermittlung von interessanten oder sonstigen Dingen, die mit der Politik durchaus nichts zu tun haben.“

Bruno Kreisky, 24.9.1974

Dieser Satz wird erst in seiner vollen Tragweite deutlich, wenn man das, was die SPÖ für Medienpolitik hält, näher betrachtet: Mit Politik im engeren Sinn des Wortes haben die zahlreichen Intrigen und Konterintrigen für, zwischen und gegen die diversen Kronprinzen und Königsmacher in SPÖ und ÖGB-Mehrheitsfraktion kaum etwas zu tun.

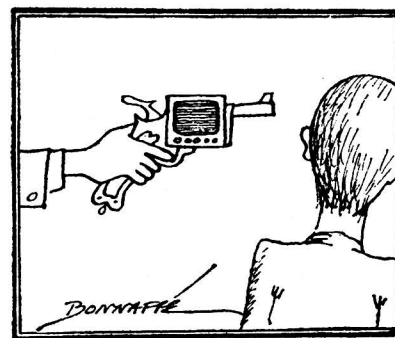
Sieger in diesem Spiel ist gewiß nicht nur jener Gerd Bacher, der am 3. 8. 1973 angesichts der damals geplanten und heute in Kraft befindlichen Rundfunkgesetznovelle zum „Kurier“ äußerte: „Für mich ist eine Abänderung des gegenwärtigen Zustandes total unannehmbar“. Das macht schon allein der Jubelchor jenes in Besitz von Großagariern und Industriellen befindlichen „Kurier“ deutlich, der selbst einst, wenn auch nur für wenige Wochen, von Meister Bacher persönlich dirigiert wurde. Daß dessen Schwiegersohn, Peter Rabl, beim aktuellen freudigen Ereignis die erste Stimme sang, ist nur allzu verständlich. Über die diversen Sprachregelungen, die jedesmal, wenn FPÖ und ÖVP im ORF-Kuratorium überstimmt werden, von einer „roten Dampfwalze“ sprechen und, wenn das Gegenteil eintritt, plötzlich die wahre Demokratie erstrahlen sehen, braucht man keine weiteren Worte mehr zu verlieren. Auch die Frage, ob dem Gewissen einiger Kuratoren durch finanzielle oder andere materielle Anreize nachgeholfen wurde, mag hier getrost unbeantwortet bleiben; die SP wird wohl wissen, welches Maß an Verkommenheit sie ihren eigenen Delegierten zutrauen kann. (Im übrigen läßt sich nicht einmal mit Sicherheit sagen, ob „nur“ drei SP-nahe Kuratoren „umfielen“: Gerüchten zufolge haben zwei VP-Kuratoren gegen Bacher gestimmt, was also die Zahl der „Umfaller“ auf fünf erhöhen würde.)

Auch über Gerd Bacher braucht man sich kaum mehr länger zu verbreitern; weder über die markigen Sprüche aus seiner Vor-ORF-Zeit, noch über seine erste Amtsperiode als Generalintendant, der ihm, der eher einem Mongolen-Khan

vergleichbar regierte, den nicht ganz treffenden Pressespitznamen „Tiger“ eintrug. Danach war er – politisch an jener Linie angesiedelt, wo Schwarz und Braun ineinander übergehen – Handlungsreisender in Sachen Medienpolitik: Im Gespräch für einflußreiche ÖVP-Positionen, knapp am Sessel des Programmleiters des ZDF vorbei, bis zum Berater des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Kohl im bundesdeutschen Wahlkampf. (Bacher dazu in einem „Spiegel“-Interview vom 1. 3. 1976: „... da steht bekanntlich der Kissinger-Satz im Raume, wonach in zehn Jahren ganz Europa sozialistisch sein würde, marxistisch sein würde. Ich arbeite gern daran mit, dies zu verhindern.“) Vorläufige Endstation war dann das Management des Salzburger „Kiesel“-Verlages, der mit dem „Salzburger Volksblatt“ Österreichs einzige deutschnationale Tageszeitung herausbringt.

Gerd Bacher wurde also am 28. 9. im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen gewählt. – Ob diese Wahl auch demokratisch genannt werden soll, ist unter anderem auch auf Grund eines Wahlverfahrens, das nicht einmal erkennen läßt, welcher Vertreter der verschiedenen sogenannten „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ wie entschieden hat, zumindest in Zweifel zu ziehen.

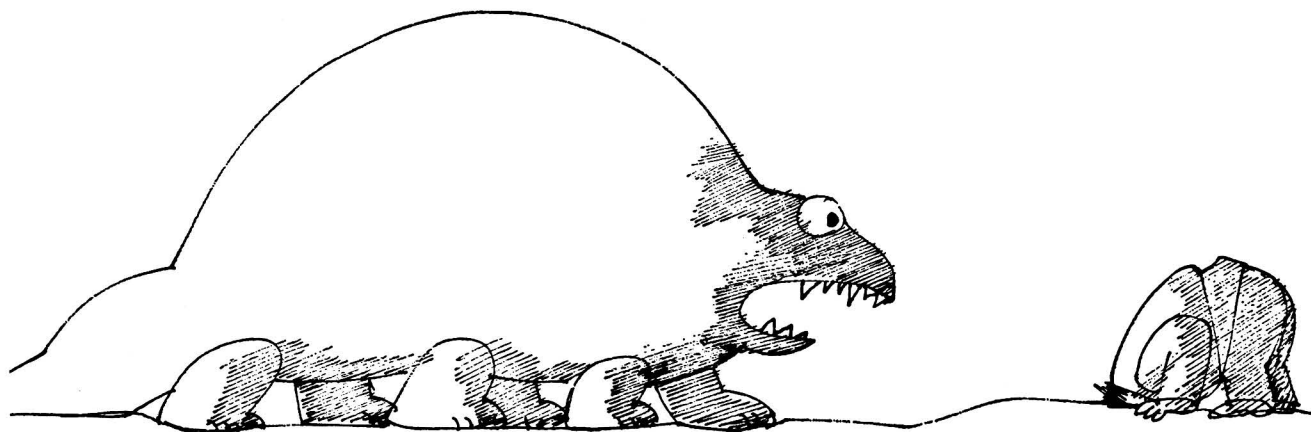
Ob etwa Dr. Helmut Zilk, „Kronenzeitungs“-Sachwalter (so lautet die Übersetzung für „Ombudsman“), Konsulent der Springer-Zeitschrift „Hör zu“ Teilhaber der Kabel-TV-Studiengesellschaft FESEKA, ehemals Fernsehleiter unter Bacher usw., eine um so viel bessere Lösung gewesen wäre, läßt sich kaum behaupten. Im übrigen hatte sich Zilk wie sein damaliger Chef zur Abänderung des Rundfunkgesetzes geäußert („Man muß sagen, es ist eine Antireform.“) und auch die damaligen ORF-Kuratoren Busek und Kohlmeier werden wohl gewußt haben, weshalb sie 1974 die „Weiterbestellung des bewährten Fernsehleiters Zilk“ forderten. Wie man auch vielleicht damals auf SP-Seite wußte, weshalb Zilk nicht weiter bestellt wurde.



Die SPÖ wird mit der provisorischen Bestellung Bachers sicher fertig. Und wie sie damit fertig wird! Schon häufen sich offizielle Stimmen, die eine endgültige Bestellung befürworten, eingedenk der Erkenntnis, daß Tiger, die man nicht reizt, ohnehin vegetarisch leben. Im Klartext: „Unter Oberhammer gab es zwar keinen Rotfunk, aber dieses Gerücht wurde immer wieder verbreitet; wenn wir zulassen, daß ein gestandener Rechter an der Spitze des ORF agiert, dann sind die Rechten insgesamt wieder ein bißchen netter zu uns...“ Immerhin ist dies die konsequente Fortführung der Politik der letzten Jahre. Die SP profiliert sich als die bessere Veranstalterin von Pop-Konzerten und Wochenendausflügen und bemüht sich verzweifelt, dem Ruf der Linkslastigkeit dadurch zu entkommen, daß sie immer mehr Rechte engagiert.

Die anrühige Bezeichnung „Arbeiter“ wurde bei diversen SP-Unterorganisationen durch andere, mit demselben Buchstaben beginnende Wörter, wie „Auto“, „allgemein“ usw. erfolgreich ersetzt. Es wäre an der Zeit, denselben Vorgang auch mit dem „S“ des Parteinamens durchzuführen: Sozialistisch war die SPÖ kaum je, sozialdemokratisch ist sie immer weniger. Wie wäre es, eine öffentliche Ausschreibung zur Füllung der Leerstellen hinter dem „S“ durchzuführen? Etwa so: „Die SPÖ ist eine S...-Partei. Einsendungen erbeten an die Löwelstraße...“

R. H. ■



betrifft: rechtsstaat

Wir haben in dieser Rubrik bisher Schwerpunkt auf das Strafrecht gelegt. Dies vorwiegend deshalb, weil es kaum einen gesellschaftlichen Bereich gibt, wo so vorbehaltlos und unkritisch Menschen entrechtet und zerstört werden, oft nur auf Grund massiver Vorurteile, die ein Urteil im rechtstheoretischen Sinne sehr oft verhindern. Der Fall Leeb, der jüngst durch die Presse ging, ist ein beschämender Beleg dafür.

Jedoch können auch zivilrechtliche Entscheidungen recht dramatisch ins Alltagsleben eingreifen und bei den Betroffenen Konsequenzen hervorrufen, die in ihren Auswirkungen einem Freiheitsentzug durchaus nahekommen – schließlich sind auch schwerwiegende finanzielle Eingriffe Einengungen der persönlichen Freiheit. Dies wird oft und leichtfertig genug von österreichischen Gerichten verursacht; wie im folgenden Beispiel.

Vom Unglück, Recht zu haben

Alles hatte zunächst völlig harmlos begonnen. Das Ehepaar Schindler* hatte Ende April 1975 eine Altbauwohnung gemietet, die 2 1/2 Zimmer nebst Bad und WC umfaßte. Ende Juli 1976 beklagte die Partei, die unter dem Ehepaar wohnte, daß – offensichtlich auf Grund von Substanzmängeln am Boden im Badezimmer der Schindlers – Feuchtigkeit auf die Decke der darunter wohnenden Mieter durchtropfe.

Eine von der Behörde angeordnete Begehung ergab, daß das Badezimmer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend wiederherzustellen sei. Seit dem Zeitpunkt der Begehung war mithin das Badezimmer für die Mieter nicht mehr nutzbar.

Da aus dem Mietvertrag zweifelsfrei hervorging, daß der Hauseigentümer für den tadellosen Zustand der Wohnung Sorge zu tragen habe, konnten die Schindlers nun zweierlei erwarten: Zum ersten, daß die Hausverwaltung bemüht sein mußte, die notwendigen Reparaturarbeiten so schnell wie möglich durchführen zu lassen und zum zweiten, daß sie auf Grund der Wertminderung, die sich aus der Unbenützbarkeit des Bades ergab, einen geringeren Zins zu zahlen hätten.

Chancengleichheit vor dem Gesetz – Theorie und Praxis

Familie Schindler ist zunächst vergleichsbereit. Sie schlägt der Hausverwaltung vor, für die Dauer der Unbenützbarkeit des Bades die Indexklausel außer Kraft zu setzen. Bei frei vereinbarten Mietzinsen wird im Regelfall im

Mietvertrag vereinbart, daß sich der Mietzins jeweils parallel zur Inflation erhöhe. Bei einer durchschnittlich mit 7 % angenommenen jährlichen Inflationsrate erschien dem Ehepaar Schindler der Verzicht auf diese Mietzinserhöhung ein angemessenes Äquivalent für die Wertminderung der Wohnung zu sein. Das später beim Prozeß eingeholte Gutachten wird den Mietern sogar 10 % Wertminderung zuerkennen.

Mangels einer Einigung mit der Hausverwaltung greifen die Mieter zur Selbsthilfe: Das ABGB (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) sieht im § 1105 ausdrücklich das Recht vor, Gegenforderungen einzubehalten. Die Schindlers



Honoré Daumier: „Les Gens de Justice“

bezahlen aus diesem Grund einen Monatszins nicht; dies entspricht in etwa dem Wert ihrer Forderung gegenüber der Hausverwaltung, die auf Grund offensichtlicher Organisationsmängel für die Wiederinstandsetzung des Badezimmers nahezu ein Jahr benötigt, obwohl die Handwerker vor Gericht angeben, daß für die Arbeiten selbst maximal 3 Wochen erforderlich gewesen seien.

Die Hausverwaltung schießt scharf – Rechtsanwendung, konkret

Nach Abschluß der Wiederinstandsetzungsarbeiten schießt die Hausverwaltung scharf: Sie fordert mittels Mahnklage nicht nur die Gesamtmiete laut Mietvertrag (obwohl das vertraglich vereinbarte Badezimmer unbenützbar war), sondern auch Verzugszinsen und die entsprechenden Gerichts- und Anwaltskosten. Um die Moral des die Hausverwaltung vertretenden Anwaltes muß es wohl ähnlich, bestellt sein wie um die Moral der Hausverwaltung selbst. Um Kosten zu schinden, klagt der Anwalt nämlich die Zinsen getrennt von der Mietzinsforderung ein; das sichert doppeltes Honorar.

Und natürlich spielt die Hausverwaltung noch ihre stärkste Waffe aus: Die Räumungsklage. Diese Räumungsklage wird von der Hausverwaltung selbstredend erst nach Abschluß der Wiederinstandsetzungsarbeiten für das Badezimmer eingeleitet – um der Optik willen. Verständlicherweise will die Familie Schindler zunächst das Verfahren über die Berechtigung der Mietzinsforderung der Hausverwaltung entschieden sehen. Denn wenn das Gericht in diesem Falle anerkennt, daß die Gegenforderungen der Mieter wegen der Wertminderung der Wohnung zu Recht bestünden, so ist der Kündigungsgrund der säumigen Zahlung nicht gegeben und die Räumungsklage abzuweisen. Und genau in diesem Verfahren passiert Absonderliches.

Vom Unglück, Recht zu haben

Wie in solchen Fällen üblich, bestellt das Gericht einen Sachverständigen, der über die tatsächliche Wertminderung der Wohnung befinden soll: Herrn Kommerzialrat Hans Biletti, gerichtlich beeideter Sachverständiger für das Realitätenwesen, im Nebenberuf Gebäudeverwalter.

In einem 10 Seiten starken Gutachten stellt der Sachverständige, der schon allein aus seinem Beruf als Gebäudeverwalter sicherlich auch für die Probleme seiner Kollegen Verständnis hat, fest, daß in Ermangelung eines benutzbaren Badezimmers 10 % Mietabschlag gerechtfertigt wäre; ein Betrag mithin, der die einmalig zurückbehaltene Miete durchaus als maßvoll erscheinen läßt. Dies umso mehr, als die Aussagen der Handwerker vor Gericht eindeutig ergeben, daß die Dauer der Reparaturarbeiten (immerhin ein stolzes Jahr!) insbesondere durch späte Auftragserteilung durch die Hausverwaltung erklärbar wird.

Der Argumentation des Gutachters und den Zeugenaussagen der Professionisten kann sich das Gericht letztendlich nicht versagen: Das Bezirksgericht Wien Innere Stadt (LGR. Dr. Klein als Einzelrichter) gibt der beklagten Familie Schindler im wesentlichen recht – und verurteilt sie dennoch: Zur Bezahlung der Kosten des Verfahrens.

Das bedeutet im Klartext folgendes: Obwohl die Schindlers Recht gehabt hatten, Wertminderung einzuwenden und einen dementsprechenden Betrag vom Mietzins einzubehalten, obwohl sie durchaus maßvolle Vergleichsvorschläge unterbreitet hatten, obwohl sie also im wesentlichen rechtlich korrekt gehandelt hatten, wurden sie von Herrn LGR. Dr. Klein zumindest de facto verurteilt: Blieben sie auch von Nachzahlungen an die Hausverwaltung verschont, so mußten sie dennoch die Verfahrenskosten – das heißt: den eigenen und den gegnerischen Anwalt, die eigentlichen Prozeßgebühren und das Sachverständigengutachten – bezahlen.

Die Hausverwaltung selbst hat von dem Prozeß keinen Nutzen ziehen können: Ihre Forderung wurde abgewiesen.

Es gibt im Juristenbereich die fama, daß österreichische Gerichte nur ungern Prozesse mit Urteilen beenden. Sie drängen – folgt man diesem Gerücht – im allgemeinen auf einen Vergleich, um das eigene Risiko zu mindern: Das Risiko nämlich – gering genug –, daß die nächsthöhere Instanz auf Grund einer Berufung das Urteil der Erstinstanz wegen Mangelhaftigkeit aufhebt und damit die Karriereaussichten des jeweiligen Richters geringfügig verschlechtert.

Dieses Gerücht wird durch solche Urteile zweifellos Nahrung erhalten.**

Ronny Pohoryles ■

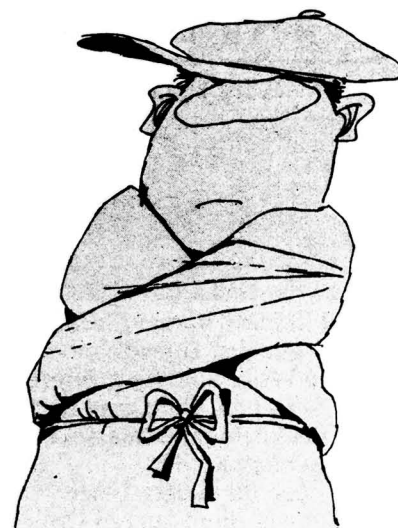
* Name von der Redaktion geändert. Richtiger Name der Redaktion bekannt.
 ** Offensiv links betont mit der von der Judikatur zum Presserecht geforderten Eindeutigkeit, daß es in keiner Weise am geschilderten Verfahren Beteiligte einer unehrenhaften Handlungsweise bezichtigt.

Leicht riskant

„Schreibe deiner Zeitung“, wenn du was zu kritisieren hast, lautet ein klassischer Leitsatz bürgerlicher Demokratievorstellung. Die Leserbriefseite als öffentliches Diskussionsforum erweist sich in der Praxis meist als Ventil für aufgestaute Ärgernisse; der literarisch geäußerte Unmut bleibt folgenlos – wenn er überhaupt gedruckt wird und nicht, wie so oft, mit bedauernden Worten als „für den Druck ungeeignet“ an den Absender retourniert wird.

Aber sogar das ist offensichtlich manchen zuviel an Freiheit. Wie sonst ist zu erklären, daß in letzter Zeit vermehrt Politiker gegen Leserbriefautoren gerichtlich vorgegangen sind? FPÖ-Peter klagte einen solchen, der anlässlich der geschmacklosen Ordensverleihung für Verdienste um die Republik an den SSler gemeint hatte, das wäre besser unterblieben, denn das „Mitglied einer Woche für Woche mit Mord befaßten Brigade“ (profil 30/78) sei eine „Schande für Österreich“.

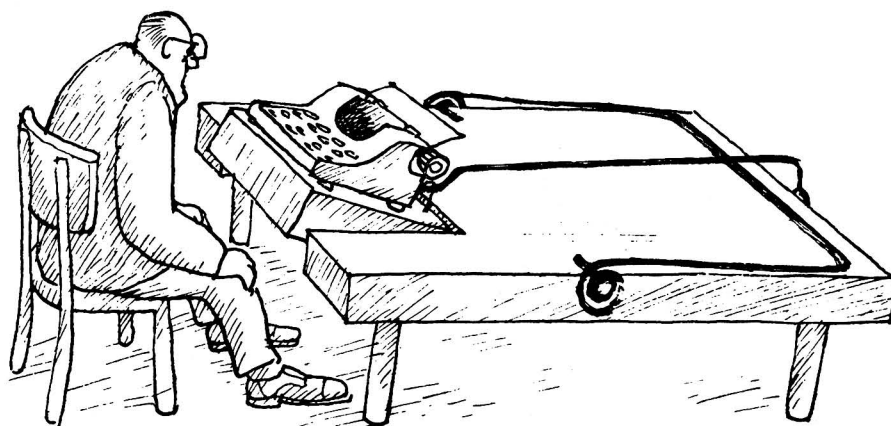
Ein Grazer Installateur übte in einem Leserbrief heftige Kritik am Bundesheer. Verteidigungsminister Rösch fühlte sich verunglimpft und klagte. Der Gewerbetreibende war zum ersten Mal in seinem Leben zu Gericht vorgeladen, kam rechtzeitig, verirrt sich aber im Gerichtsgebäude und wartete im falschen Saal auf „einen“ Prozeß. Über seinen Irrtum aufgeklärt, eilt er in den richtigen Verhandlungssaal und erlebt, wie der Richter wegen Nichtanwesenheit des Beschuldigten vertagt. Trotz der Erklärung für seine Verspätung nimmt der Richter den Prozeß nicht wieder auf. Effekt: Sollte der Beklagte den Prozeß verlieren, sind die Prozeßkosten doppelt so hoch. . .



Kritik am Bundesheer wird übrigens besonders scharf verfolgt. Vor kurzem wurde in Salzburg der Verantwortliche für ein antimilitaristisches Flugblatt – wegen „Verächtlichmachung des Bundesheeres“ – verurteilt. Die Anklagen sind meist nicht sehr präzise zu fassende Punkte, wie Schmähung, Verunglimpfung, etc. SS-Peter klagte nicht wegen Verleumdung (hier wäre der Wahrheitsbeweis, Peter sei wirklich eine Schande für Österreich, zulässig!), sondern wegen Schmähung. Bei solchen Anklagen hängt es vom Richter ab, ob er den Tatbestand der Schmähung oder der Verächtlichmachung (wie im Falle des BH-Prozesses) erfüllt sieht oder nicht. Bei der staatstragenden Gesinnung unserer Richter besteht dann über den Prozeßausgang wenig Zweifel. . .

Hinter ihrer Immunität verschanzte Politiker versuchen also auf diesem Wege, Kritiker mundtot zu machen. Und nicht nur das: die Praxis der Verurteilung zu mehr oder minder hohen Geldstrafen ist auch geeignet, die Existenz der Betroffenen zu gefährden. Das ist praktische, politische Bildung: Schweigen ist besser.

P.L. ■



Es freut uns

Verteidigungsminister Otto Rösch hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß derzeit und in den nächsten zwei Jahren keine Abfangjäger für das österreichische Bundesheer gekauft werden. (siehe dazu OL Nr. 45) Begründung: das dazugehörige Leitsystem mit dem schönen Namen „Goldhaube“ ist noch nicht installiert und außerdem haben wir zu wenig Geld, bzw. wird das vorhandene Geld vorrangig zur Modernisierung der Kasernen verwendet. Hat nun die Vernunft gesiegt oder sind wir ganz einfach zu stier? Sei's drum – es freut uns! Trotzdem werde ich auch 1980 und danach einen Ministerrat, der statt beispielsweise 12.000 Wohnungen zu bauen, 24 Düsenjäger kauft, gemeingefährlich und geisteskrank nennen.

Wiener Kontrollamt

– uns ist nichts zu groß und erst recht nichts zu klein –

Das Wiener Kontrollamt hat die Aufgabe, die finanzielle Gebahrung der Gemeindeverwaltung, aller Gemeindebetriebe und aller Subventionsempfänger der Stadt Wien zu überprüfen und die Ergebnisse via Gemeinderat der Öffentlichkeit kundzutun. Wie erfolgreich ist nun dieses Amt? Dazu fällt mir ein: Bauring – einige hundert Millionen, angeblich im arabischen Sand verlaufen. Ich glaube, eher in einigen österreichischen Taschen, ganz klar wurde es nicht. Steigerung der geplanten Kosten für das Allgemeine Krankenhaus um ein Vielfaches – das Kontrollamt konnte nichts Schlechtes dabei finden. GESIBA – da sind sie noch fleißig am Suchen. Es gibt also einige Riesenbrok-

ken, die offensichtlich stinken. Ich würde sagen: ein Blinder kann sie mit dem Stock greifen, nur das Kontrollamt ist da nicht so erfolgreich bzw. die Öffentlichkeit erfährt davon nichts.

Die fleißigen Herren vom Kontrollamt haben natürlich auch durchschlagende Erfolge. Drei davon will ich kurz erwähnen. Alle drei betreffen Subventionsempfänger, zwei davon kann ich nicht namentlich nennen; im Gegensatz zu den großen Baumanagern, fürchten sich nämlich kleine Subventionsabhängige vor dem Kontrollamt – sie werden schon wissen warum.

a) Die ARENA im Inlandschlachthof hat bisher nur einen kleinen Teil der

keine Verfehlungen entdecken. Dies ist allerdings nicht bis in die Zeitungen durchgesickert.

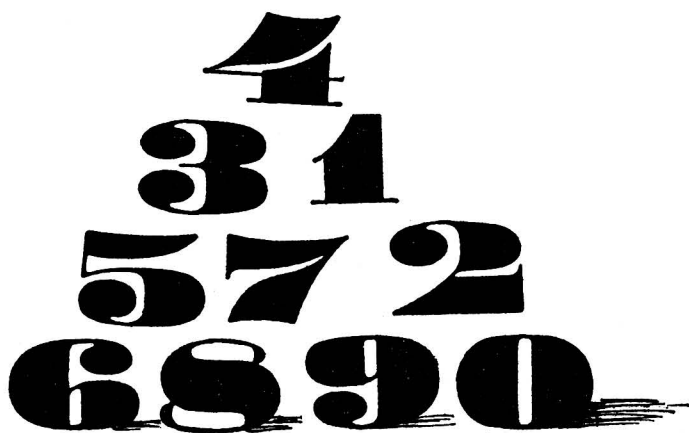
b) Ein neueröffnetes Kulturzentrum hat vier Monate auf die beschlossene Subvention gewartet und in dieser Zeit den Betrieb mit Krediten und Privatgeld der Mitarbeiter über die Kunden gebracht. Dann kam ein bescheidener Teilbetrag von der Stadtkasse und einige Tage darauf unangemeldet das Kontrollamt. Das Kassabuch und alle Belege wurden mitgenommen und vier Tage lang geprüft. Gefunden wurden: einmal ein Minus-saldo – der Kassier hat aus privater Tasche gezahlt und den Betrag nicht als Darlehen eingehen lassen, eine Nicht-

alltägliche geschichten

versprochenen Gelder erhalten und dies mit beträchtlichen Verspätungen. Das Kontrollamt überprüfte aber schnell und gründlich. Lange bevor sein offizieller Bericht da war, sickerten Informationen über „unvorstellbare Mißstände“ in die Zeitungen – wie wohl? Da wurden, gestützt auf angebliche Kontrollamtsermittlungen, ungeheure Verdächtigungen ausgesprochen – von leichtsinniger, nicht widmungsgemäßer Verwendung bis hin zu persönlicher Bereicherung. Das Kontrollamt stellte zwar einige Formfehler, bedingt durch mangelnde Erfahrung, in den Abrechnungen fest, konnte jedoch in der Sache

trennung von Bargeld und Barscheck und einige fehlende Adressen auf Honorarnoten. Keiner soll sagen, das Kontrollamt sei nicht erfolgreich im Aufdecken von Mißständen!

c) Jetzt wird's ganz lustig: Das Kontrollamt entdeckte vor einiger Zeit in den Büchern eines Wiener Theaters eine Unregelmäßigkeit in der Höhe von öS 0,80 = achtzig Groschen. Darüber wurde ein halbseitiger Bericht an den Gemeinderat verfaßt, der dann in einer Sitzung, gemeinsam mit einer ebenfalls halbseitigen Gegendarstellung verlesen wurde. Irgendwie ist mein Lachen nicht recht froh!



Rotes Wien: Erinnern, um zu vergessen?

Bekanntlich ist zentraler Ausgangspunkt linker Kritik am Kapitalismus, daß in ihm vorwiegend für den Markt nach dem Profitabilitätsprinzip produziert wird, also zum Zweck der Kapitalverwertung. Daraus ergibt sich eine nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Produktion und eine in Klassen gesplattene, unsolidarische Gesellschaft. Danach setzt der Kampf gegen den Kapitalismus immer auch die Überzeugung voraus, daß als Grundlage einer anderen Gesellschaft eine andere Logik der Produktion möglich sei. Diese Überzeugung aber - so lehrt die Erfahrung - entstand nie aus politischen Reden, Büchern und Analysen (höchstens bei Intellektuellen), sondern mußte stets aus dem Kampf um Reformen, um unmittelbare Verbesserungen der Lebensbedingungen gewonnen werden. Das Fehlen von konkreten ökonomischen Reformstrategien hat sich immer katastrophal für die Arbeiterbewegung ausgewirkt.

Wie hier und jetzt Machtpositionen der Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Produktionsentscheidungen einsetzen? Hier ist die Geschichte bemerkenswert arm an geglückten Projekten sozialistischer Wirtschaftsreform. Dies ist sicher zum einen auf den Einfluß antireformistischer, verkürzt marxistischer (oder marxistisch verkürzter?) Revolutionskonzepte zurückzuführen; zum anderen freilich auf den Widerstand der Bourgeoisie, die Beispielswirkung und soziale Dynamik nicht oder nicht vorwiegend kapitalistisch organisierter Wirtschaftsbereiche nur zu gut einzuschätzen weiß. Auch heute steht der Kampf gegen wirtschaftliche und soziale Errungenschaf-

Ja, und falls wer wissen will, wie man zu einer Kultursubvention der Stadt Wien kommt, haben wir auch eine Antwort. Das ist ganz einfach: Kulturstadtrat Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner plaudert darüber im Kurier vom 21.9.: „Da wird zuerst ein Antrag gestellt. Der läuft dann durch die Buchhaltung und kommt zu mir. Von mir aus geht er dann in die Finanzgruppe, wird dort bestätigt, Unterschrift vom Finanzstadtrat, kommt zurück - und geht in den Kulturausschuß. Vom Kulturausschuß geht er in den Finanzausschuß, vom Finanzausschuß kommt er dann in den Stadtsenat und dann in den Gemeinderat.“

Da sage noch einmal jemand, es gebe kein Kabarett mehr!

Gute Geschäfte!

Niemand soll sagen, daß die Gemeinde ein schlechter Zahler sei. Es kommt nur darauf an, wer bezahlt wird, für Privatunternehmer lohnt es sich, mit der Gemeinde Geschäfte zu machen; dafür ein Beispiel:

Das Werbemagazin der Wr. Stadtwerke „24 Stunden“ lobt in seiner Septemberausgabe sich selbst und die Tarifgemeinschaft der Verkehrsbetriebe mit Post, ÖBB und einer Reihe von privaten Autobusunternehmen. An und für sich ist dies eine ausgezeichnete Einrichtung - man kann mit einem Straßenbahnfahrerschein auch andere innerstädtische Buslinien benutzen. In dem Artikel wird beklagt, daß diese Tatsache zu wenig bekannt ist bzw. zu wenig ausgenutzt wird. Gut, wir wollen gerne darauf aufmerksam machen, daß seit vielen Jahren alle Autobuslinien, die hinter ihrer Nummer ein großes „B“ stehen haben, mit einem Normalfahrchein der Verkehrsbetriebe benutzt werden können. Nun aber zu der anfangs aufgestellten Behauptung: In dem Artikel wird auch berichtet, welche Entschädigungen die Stadtwerke an ihre Vertragspartner seit 1967 ausgezahlt hat und wieviele Kilometer diese dafür gefahren sind; das schaut so aus:

Post: 30 Mill. Schilling für 2,5 Mill. km = 12,- S pro km
 ÖBB: 15 Mill. Schilling für 1,2 Mill. km = 12,- S pro km
 Private: 460 Mill. Schilling für 25 Mill. km = 18,4 S pro km

Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Beträge seit 1967 (bei der ÖBB erst seit 1970) zusammengerechnet werden, also Durchschnittswerte darstellen, daß heute wesentlich höhere Kilometergelder gezahlt werden. Jedenfalls bekommt ein Privater um 50 Prozent mehr

pro Autobus-Kilometer als ein staatliches Unternehmen. Offensichtlich funktionieren die Interessenvertretungen der Unternehmer besonders gut. Dafür gab's in den letzten Wochen auch noch ein weiteres Beispiel:

Einkommensteuersenkung

Um die sogenannte Lohnsteuerreform wird seit mehr als einem Jahr gefeilscht; man kann auch verhandelt sagen, aber was den ÖGB betrifft, sicher nicht gekämpft. Mitte September gab es zwar noch keinen Beschluß, aber das meiste war schon ziemlich klar. Dazu muß noch gesagt werden, daß zwar immer von einer Lohnsteuerreform die Rede ist, tatsächlich handelt es sich um eine Einkommenssteuersenkung, bei der jedesmal die selbständigen Unternehmer sich mindest so viele Vorteile herausholen wie die Lohn- und Gehaltsbezieher. In der Öffentlichkeit wird immer der Eindruck erweckt, als ob die „schweren Belastungen“ für den Staatshaushalt aus der Begehrlichkeit der Arbeiter und Angestellten resultieren. Vielleicht auch deshalb, weil der ÖGB immer unheimlich viel Wasser um seine Erfolge macht, auch wenn diese mehr als bescheiden sind. Anders die Bundeswirtschaftskammer, die agiert meist im Hintergrund, aber dafür um so erfolgreicher. So auch diesmal. Wie schauen also die bisherigen Ergebnisse aus? Für Arbeiter und Angestellte: der allgemeine Absetzbetrag wird von 4.400,- Schilling auf 4.800,- Schilling erhöht, das sind 8,8 %.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag von 2.400 auf 3.200 Schilling, das sind 25 %. Der Arbeitnehmerabsetzbetrag von 2.200 auf 2.800 Schilling, das sind 27,2 %.

Diese Maßnahmen würden im Durchschnitt pro Arbeitnehmer monatlich 100 Schilling Steuerersparnis bringen, für Alleinverdiener etwa 160 Schilling. Diese Summen waren in allen Zeitungen zu lesen. Der ÖGB ist schon fast zufrieden, er hätte nur gerne, daß sich diese monatlichen Ersparnisse noch um rund 33 Schilling erhöhen.

Für Unternehmer: Der Gewerbesteuerfreibetrag wird von 40.000 Schilling auf 60.000 Schilling erhöht, das sind 50 %. Wieviel das monatlich an Steuerersparnis ausmacht, hat niemand ausgerechnet, zumindest hat es in keiner Zeitung gestanden. Dem Kurier war nur in einem Nebensatz zu entnehmen, daß Bundeswirtschaftskammer - Generalsekretär Mussil sich zufrieden äußerte. Na also, ich sag's ja, von den Unternehmern kann man so manches lernen.

Herbert Brunner ■

ten der Arbeiterbewegung unvermindert auf der Tagesordnung bürgerlicher Parteien.

Angesichts dieser Überlegungen ist der relativ geringe Stellenwert verwunderlich, den das kommunale Aufbauwerk des Roten Wien der Zwischenkriegszeit innerhalb der linken Diskussion einnimmt. Immerhin handelt es sich um das wahrscheinlich wichtigste gelungene Beispiel des Reformsozialismus, gelungen nicht nur, was die ökonomischen und sozialen Dimensionen anbelangt, sondern auch die Unterstützung und Popularität, die es in der Arbeiterschaft hatte. Worin liegt die Bedeutung, was sind die Besonderheiten des Wiener Beispiels?

Kriegsbedingter Mietestopp und die Inflation nach Kriegsende hatten die Einkommen aus Grund- und Hausbesitz zunichte gemacht, der private Wohnungsbau hörte schlagartig auf. Anstatt nun, wie dies in anderen Großstädten geschah, zu „liberalisieren“ und wieder „normale“ Marktverhältnisse einzurichten, entschied sich die Wiener Sozialdemokratie für das Gegenteil. Der gesamte Wohnungsbau wurde in kommunale Hand übernommen.

Zur Finanzierung der enormen Ausgaben wurde ein System stark progressiv wirkender Steuern, vor allem die eigens dafür eingerichtete Wohnbausteuer, geschaffen, was einen sozialen Umverteilungsprozeß einmaligen Ausmaßes in Gang setzte. Die Wohlhabenden erbrachten den größten Teil der Wohnbausteuer (von 18 % der Wohnungen 78 % der Einnahmen). Aber selbst die höchst besteuerten Wohnungen kosteten nur 37 % der Vorkriegsmiete, (die kleinen allerdings nur 2 %). Trotzdem sprach das Bürgertum von „Steuersadismus“ und „Wohnbaubolschewismus“.

Da es keine Kreditfinanzierung über den Kapitalmarkt gab, war nun eine Abkehr vom Rendite- und Amortisationszwang möglich. Mieten brauchten nicht bezahlt zu werden, nur ein Erhaltungsfond wurde von den Bewohnern finanziert, dessen Beiträge etwa ein Zehntel der früheren Mieten und selten mehr als 3 % des Lohnes ausmachten – kein Wunder, es mußte nun keine parasitäre Eigentümerschicht mehr erhalten werden.

Auch die Konzeption der Bauten selbst konnte frei von profitbestimmten Effizienzkriterien nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen: Endlich wurde die Bebauungsdichte von über 85 % auf weit unter 40 % gesenkt. Es entstanden große begrünte Innenhöfe – ein Privatunternehmer hätte sie für Gewerbebetriebe verwendet –, eine Vielfalt nicht kommerzieller Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Wäschereien, Bäder, Sport- und Bildungseinrichtungen, Vereinslokale, Einkaufsgenossenschaften. Innerhalb von 10 Jahren erhielten etwa 10 % der Wiener Bevölkerung nicht nur – meist erstmalig – eine eigene Wohnung, sondern damit auch die Teilhabe an solidarischen Lebensformen eines umfassenden sozialistischen Gegenmilieus, Modell im Lokalen des sozialistischen Aufbaus.

Einerseits der radikale Eingriff in kapitalistische Entscheidungsverhältnisse, die gänzliche Aufhebung des privaten Wohnungsmarktes, andererseits die Veränderung der sozialen Beziehungen, des Alltagslebens, der Konstitution von Klassenbewußtsein, hier liegen die wichtigen Erfahrungen des „Roten Wien“. Für die Sozialisten von damals ging es um mehr als ein Reformwerk für eine Großstadt. Für sie war es ein Exempel,

das es zu verallgemeinern galt (siehe Dokumentation).

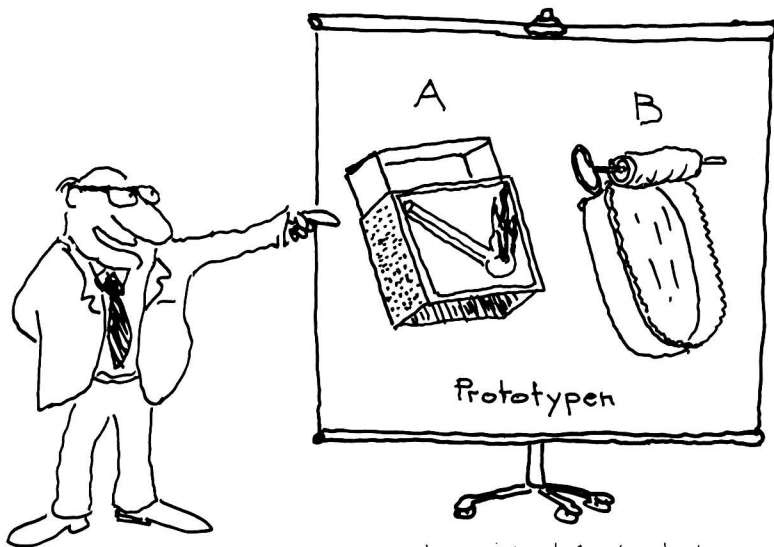
Die Ausstellung „55 Jahre kommunaler Wohnbau“ im Wiener Rathaus ist vom Gegenstand her äußerst sehenswert. Auch vermittelt sie einen Eindruck vom Umfang der Projekte und von der architektonischen Vielfalt in der Baugestaltung. Die Gesamtkonzeption ist für den politisch interessierten Besucher eine Enttäuschung, und es ist zu bezweifeln, ob ein nicht vorinformierter Besucher viel Interesse an ihr gewinnen kann. Fast völlig ausgeblendet bleiben die wesentlichen politischen Hintergründe, die ungeheuren sozialen Kämpfe um die kommunalen Errungenschaften. Das Bildmaterial beschränkt sich auf die bloße architektonische Form: keine Bilder von Wahl- oder Streikversammlungen, von Eröffnungs- oder Maifeiern, vom Leben der Vorfeldorganisationen in den Höfen, von Parteilokalen oder KONSUM Läden. Auch fehlen Plakate oder Flugblätter der zugespitzten politischen Auseinandersetzungen um die „Roten Festungen“, wie diese Wohlfahrtsstätten denunziatorisch genannt wurden.

Es wird der völlig verfehlt Eindruck einer bruchlosen historischen Kontinuität von frühsozialistischen Experimenten über Hofformen im Wien des 19. Jahrhunderts über gänzlich anders gelagerte Versuche im Ausland bis zu den Wiener Bauten vor und auch gleich nach der Ära des Faschismus erweckt. Das Besondere in den ökonomischen und sozialen Veränderungen geht dabei verloren. Nirgends sonst wurde der private Wohnungsmarkt entscheidend aufgebrochen, wurde die Hofidee als Projekt urbanen Lebens herrschende Bauform. Bezeichnend, wie man sich um das Wort „sozialistisch“ oder „kapitalistisch“ herumdrückt, wenn sich auch im Ausstellungskatalog einige gute theoretische Beiträge – wie der von Kainrath – finden.

Gänzlich unglaublich fällt der Versuch aus, den Glanz vergangener Zeiten auf den kommunalen Wohnbau der Nachkriegszeit scheinen zu lassen. Ihn mittels Detailansichten darzustellen, hübsch zwischen Bäumen hindurch fotografiert, und einige neue, sicher begrüßenswerte Alternativprojekte hervorzuheben, das kann über die tausendfach Beton gewordene Unterdrückung von Lebensbedürfnissen nicht hinwegtäuschen.

Da setzt auch die heuchlerische Kritik bürgerlicher Schreiberlinge an, die sonst zwar alles von Mieterschutz bis Austromarxismus zu verteufeln wissen, hier aber plötzlich die Leistungen des Roten Wien für die Wahltaktik der heutigen SPÖ mißbraucht sehen. Leider hat man ihnen Gelegenheit gegeben, mit letzterem nicht so unrecht zu haben.

G.G. ■



„und hier haben wir zwei Modelle, durch deren Realisierung der soziale Wohnungsbau 1979 ein günstiges Verhältnis von Raumangebot und Kosten erzielen könnte.“

Wahlen 1978



Wir wollen Wahlen weder überbewerten, noch ihre Bedeutung unterschätzen. Sie sind politisches Barometer – insbesondere in gesellschaftlichen Situationen, die von stagnierenden Klassenausinandersetzungen gekennzeichnet und vom sozialen Frieden „beherrscht“ sind.

Sieht man einmal vom wichtigen Termin am 5. November ab, waren die Landtags- und Gemeinderatswahlen am 8. Oktober dieses Jahres die wichtigsten und aufschlußreichsten vor den entscheidenden Nationalratswahlen 1979. Für uns war das auffallendste Merkmal mehr denn je die fehlende linke Alternative. In einer Situation, in der die SPÖ innerhalb ihrer eigenen Stammwählerschichten auf zunehmende Kritik stößt und von den (linken und liberalen) Wechselwählern scharenweis verlassen wird, stagniert die einzige linke Alternativpartei, die KPÖ, in ihrer zweitwichtigsten Hochburg in der Steiermark und erlebt in Wien, wo die SPÖ büschelweis' Haare lassen mußte, den Verlust eines Drittels ihres Wähleranhangs! (Ein interessanter Nebenaspekt: in drei von vier Wahlkreisen in der Steiermark hat die KPÖ geringfügige Stimmengewinne erzielen können, die ausgerechnet im vierten und wichtigsten Wahlkreis durch Verluste wieder „ausgeglichen“ werden. In Leoben – Donawitz! – in Knittelfeld, Judenburg gingen Stimmen verloren, die zu den treuesten der KPÖ gehörten.)

In Wien kann man für die KPÖ wahrlich von einer Katastrophe sprechen. Sollte sie daraus noch immer keine Lehren für ihre derzeitige Politik ziehen (was wahrscheinlich ist), könnte sie innerhalb weniger Jahre von ihrem einzigen „linken“ Listenkonkurrenten bei den Wiener Wahlen, dem KBÖ, nur durch die harte oder weiche Betonung des mittleren Mitlautes eventuell zu unterscheiden sein. (Dessen knapp 200 Stimmen sind nicht einmal blamabel, bloß peinlich wie ihre allgemeine Politik.)

Eine gewisse Gerechtigkeit der Wähler muß auch gegenüber den drei etablierten Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ konstatiert werden. In der Steiermark hat die ÖVP die problematische Seite ihrer Anbiederungspolitik an die mehr braunen als blauen Freiheitlichen in Form von Verlusten an letztere zur Kenntnis nehmen müssen. Dafür hat Busek nicht ausschließlich auf Kosten der SPÖ in Wien „abgeräumt“, sondern die hier (von der ÖVP) weniger geliebte FPÖ gleich um zwei durch die neue Wahlordnung fast sicher scheinende Mandate ärmer gemacht, was die ernsthafte Schlappe der SPÖ aus linker Sicht wieder erträglicher macht.

A propos diese Schlappe: sie wurde der SPÖ von vorwiegend jungen unzufriedenen Wählern, sicher auch eigenen Genossinnen und Genossen auf recht elegante Weise zugefügt. Man stimmte

„grün“ – mit den Füßen und ging im Wienerwald spazieren. Die nicht nur ärgerliche, sondern auch politisch gefährliche Blamage um die Bestellung des provisorischen ORF-Generalintendanten war nur der Schlußpunkt einer Politik des Dahinwurschtelns, des innerparteilichen Gezänks und der allgemeinen Verunsicherung der Basis. Es waren nicht nur die von bürgerlicher Seite gelesenen Leviten, die von vielen SPÖ-Wählern ernst genommen wurden: das hätte wohl noch stärker für die ÖVP zu Buche geschlagen. Neben einem frühzeitigen Anti-AKW-Effekt dürfte aber ganz einfach eine Kommunalpolitik, die sich primär von den Interessen der Klein- und Großunternehmer leiten läßt, den Unmut geschürt und zu einer massiven Wahlenthaltung in Wien animiert haben. (Es handelt sich dabei immerhin noch um eine „loyale“ Form des Wahl-Denkzettels.)

Schlimm wäre es allerdings, wenn es sich bei diesem Phänomen gar nicht um einen einmaligen Protestakt eines beträchtlichen Teils des SPÖ-Wählerpotentials, sondern einfach um einen Ausdruck der allgemeinen Entpolitisierung handeln würde.

Kommunaler Wohnbau in Wien

Die Gemeinde Wien erhebt sowohl nach dem Ersten Weltkrieg, als auch nach dem Zweiten Weltkrieg den Anspruch nicht einfach Stadtverwaltung, sondern Vorkämpferin sozialer Bestrebungen im Dienste der arbeitenden Bevölkerung der Stadt zu sein. Eines sei vorweggenommen: Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien trug wesentlich zur Verbesserung der Wohnungssituation der wirtschaftlich schwachen Schichten bei. Sie bewegte sich aber immer im Rahmen der gegebenen Gesellschaftsordnung. Wenn die Verfügungsgewalt und die Möglichkeiten bestimmter Teile des Kapitals durch staatliche und kommunale Eingriffe beschränkt wurden, und ohne diese Eingriffe ist eine Sozialplanung jeglicher Art in der Wohnungsfrage unmöglich, verstieß sie damit nicht gegen das kapitalistische Gesamtinteresse. Im Gegenteil, die Durchführung sozialer Reformen in der Reproduktionssphäre und ihre Beschränkung auf diesen Sektor sicherte nach beiden Kriegen die Entfaltung und Akkumulation jener Teile des Kapitals, die für die Rekonstruktion der kapitalistischen Wirtschaft entscheidend sind.

1. Die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien 1919–1934

Die sozialdemokratische Gemeinde Wien hatte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ein fürchterliches Erbe anzutreten. Die Einwohnerzahl Wiens, der Haupt- und Residenzstadt des großen Vielvölkerstaates, war 1860–1910 von 900.000 auf über 2 Millionen angestiegen. Der vor diesem Hintergrund sich entwickelnde spekulative Wohnbau der Gründerzeit führte zu einer enormen Bereicherung des Haus- und Grundbesitzes, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Wohnungsqualität und insgesamt gesehen katastrophalen Wohnungsverhältnissen für die arbeitende Bevölkerung.

Zwischen 1860 und 1900 wurden 450.000 Wohnungen errichtet, wobei sich in diesem Zeitraum der Anteil der Klein- und Kleinstwohnungen von einem Drittel auf die Hälfte aller Wohnungen erhöhte und in den Arbeiterwohnvierteln sogar einen Anteil von fast 85 % aller Wohnungen erreichte (vgl. U. Werner: Die Entwicklung der Wohnsituation in Wien, in: Summa 5/72, Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Wien 1972, S. 3). Klein- und Kleinstwohnungen, das sind die berüchtigten, finsternen Zimmer-Küche- oder bestenfalls Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnungen, oft aber auch nur selbständige Kabinette oder Zimmer ohne jeden Nebenraum. Der Standard nach der amtlichen Zählung aus dem Jahr 1919:

nur 2,29 % aller Wohnungen hatten ein Vorzimmer, 92 % hatten das Klosett, 95 % die Wasserleitung auf dem Gang, nur 14 % hatten Gas eingeleitet, nur 7 % besaßen elektrisches Licht (vgl. Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien, Verlag Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, 1929, S. 12).

So billig, so klein und so schlecht gebaut wurde, so teuer wurden die Wohnungen, den Wohnungsfehlbestand schamlos ausnützend, vermietet. Der Mietwucher zwang vielfach zur Aufnahme von Untermietern und Bettgehern in den ohnehin keinerlei gesundheitlichen Ansprüchen genügenden Wohnungen. Die Belagsdichte war dementsprechend hoch.

Das „rote Wien“

Wien war nach dem Ersten Weltkrieg zum Wasserkopf eines nach der damaligen Meinung aller politischen Lager nicht lebensfähigen Kleinstaates geworden. Der Krieg und die Kriegseinwirkungen hatten die Wohnungssituation noch verschärft – die Bausubstanz hatte sich verschlechtert, die Bautätigkeit war zum Erliegen gekommen. Der Abnahme der Einwohnerzahl stand eine Zunahme der Haushalte (zunächst der bestimmende Faktor für den Wohnungsbedarf) gegenüber.

Das Wohnungsprogramm der Gemeinde wurde integraler Bestandteil der Rolle, die dem „roten Wien“ nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung im Jahre 1920 zgedacht war. „Auf den einfachsten Nenner gebracht lautete diese: das österreichische Volk wird zukünftig am Beispiel Wiens ersehen, was der Sozialismus zu leisten imstande ist; das Wiener Aufbauwerk wird sich von den Krisen- und Verfallspolitik der reaktionär-kapitalistischen Bundesregierung auf das Vorteilhafteste abheben.“ (H. Hautmann/R. Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Schriftenreihe des Boltzmann-Instituts Nr. 4, Europa Verlag, Wien 1974, S. 146)

Mieterschutz

Der 1917 aus kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten eingeführte Mieterschutz, der den Wohnungsaufwand radikal gesenkt hatte, wurde beibehalten. Die Interessen der sozialdemokratischen Gemeinde deckten sich hier durchaus mit den Interessen des Industriekapitals, dessen Lohnkosten dadurch gesenkt wurden. Die Sozialdemokratie argumentierte auch in dieser Richtung: „Bei der Exportindustrie, von deren Aufrechterhaltung das weitere Schicksal des Landes abhängt, sind Lohnsteigerungen auch nur in einem entfernt annähernd so hohen Ausmaß wie dies bei Aufhebung des Mieterschutzes notwendig werden würde. . . nicht unterzubringen. Die Nahrung, die Kleidung des Arbeiters herunterzudrücken ist gleichfalls unmöglich. Deshalb ist das Fortbestehen des Mieterschutzes das höchste wirtschaftliche Gebot im heutigen Österreich“ (Wohnungspolitik, a.a.O., S. 59).

Der Mieterschutz verbesserte einerseits die Lage der arbeitenden Bevölkerung, vergrößerte andererseits den Wohnungsfehlbestand. Da kein Gewinn mehr aus der Miete zu ziehen war, wurden die meisten Häuser dem Verfall preisgege-

ben, die private Bautätigkeit kam zum Erliegen. Für die Arbeiterfamilien entfiel die Notwendigkeit unterzuzumieten, was gleichfalls den Wohnungsbedarf erhöhte. Wohnungspolitik mußte Wohnungsbaupolitik sein.

Das Wohnbauprogramm und seine Finanzierung; Wohnungskosten

Zwischen 1919 und 1934 errichtete die Gemeinde Wien an die 64.000 Wohnungen, die nach einem Punktesystem nach Dringlichkeit vergeben wurden. Sie verzichtete dabei von Anfang an, obwohl dies bei Neubauten gesetzlich möglich gewesen wäre, auf Amortisation und Verzinsung des aufgewendeten Kapitals. Die Zinsbildung beschränkte sich auf Betriebskosten und Instandhaltungsbeitrag, abgestuft nach Ausstattung und Lage der Wohnung.

1923 wurde die zweckgebundene Wohnbausteuer eingeführt und der Wohnbau großen Umfangs setzte ein. In dieser Steuer drückt sich der soziale Anspruch der Gemeinde Wien aus. Sie war so gestaffelt, daß der Großteil des Steueraufkommens von den zahlungskräftigen Schichten bestritten wurde. Ein halbes Prozent der steuerpflichtigen Objekte, die wertvollsten Wiener Wohnungen und Geschäfte, hatten 41,6 % der Steuer aufzubringen (Wohnbaupolitik, a.a.O., S. 68). Zwei Drittel der Baukosten mußten aber trotzdem aus dem sonstigen Budget abgedeckt werden.

Indem die Gemeinde bei Baustoffbeschaffung, Baustofftransport und Bau-durchführung selbst auf den Plan trat, gewann sie Einblick in die wirklichen Produktionskosten und sicherte einen

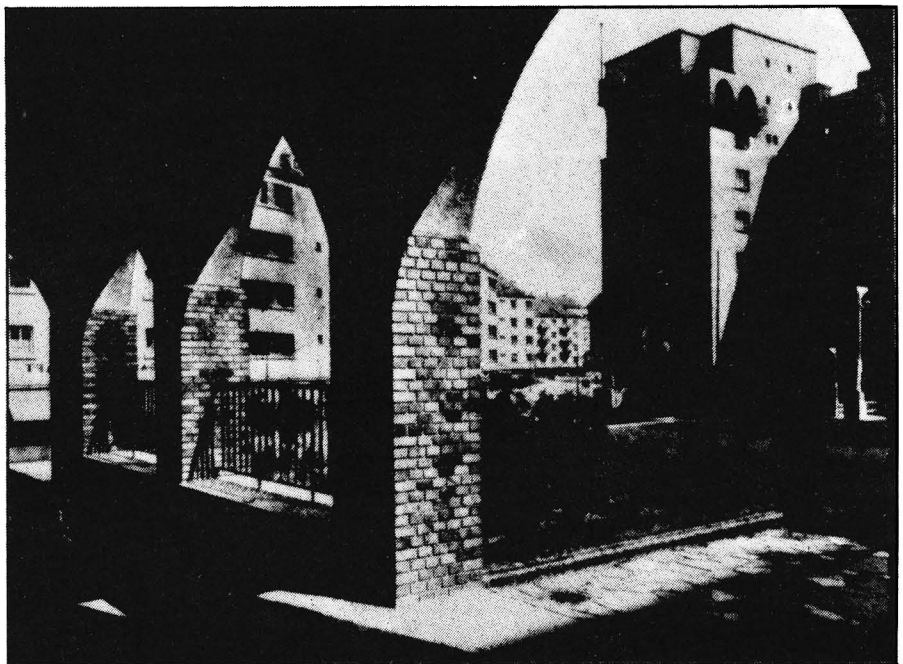
optimalen Einsatz der vorhandenen Mittel.

Planung und Struktur

Internationale Anerkennung fand der Wiener Gemeindewohnungsbau, weil er in den Bauten selbst zum Teil völlig neue Maßstäbe setzte. Nicht nur die Qualität der einzelnen Wohnungen wurde entscheidend angehoben. Im Charakter der errichteten Superblocks, in der Struktur der Folgeeinrichtungen ist das kulturelle Bewußtsein und das emanzipatorische Anliegen der damaligen Sozialdemokratie repräsentiert. Die besten verfügbaren Architekten wurden in den Dienst des Volkswohnhausbaus gestellt.

Licht, Luft, Sonne – erreicht durch den Verzicht auf Licht- und Hinterhöfe und auf indirekt belichtete und belüftete Räume, Ausstattung mit den grundlegenden sanitären Anlagen, zeichneten die neuen Wohnungen aus. In der Grundrißstruktur der diversen Wohnungstypen wurden jedoch, ohne daß diese Frage je problematisiert oder experimentell neue Wohnformen erprobt worden wären, die Ideale des Bürger- bzw. Kleinbürgertums nachgeahmt.

Das Besondere, das Einmalige der Superblocks waren die Gemeinschaftseinrichtungen. Höfe, Freiräume wurden gemeinschaftlich nutzbar geplant: Spielflächen für Kinder, Ruheplätze für Erwachsene, Plantschbecken usw. Sie waren, durch die aus der Vorgabepolitik resultierende homogene Klassenstruktur der Bewohner erleichtert, Orte des sozialen Kontakts, der Kommunikation, solidarischen Handelns fördernd und dementsprechend dem Bürgertum ein



Dorn im Auge. „Einer Umsturzgruppe ist hier die gefährliche Möglichkeit gegeben, sich nicht erst auf der Straße unter den Augen der Polizei sammeln zu müssen, sondern in den meist unbewachten Höfen“ (J. Schneider, C. Zell: Der Fall der roten Festung, Manz, Wien 1934, S. 10).

Andere Gemeinschaftseinrichtungen wurden in eigenen Baulichkeiten in den Höfen untergebracht oder in den Wohnbauten selbst: Aufenthaltsräume für Kinder, Kindergärten, Einrichtungen der medizinischen Betreuung und Sozialfürsorge, Zentralwaschküchen usw. Soziale und wirtschaftliche Überlegungen standen Pate. Vor allem sollte die berufstätige Frau entlastet werden.

Konsum und Versorgungseinrichtungen wurden im notwendigen Ausmaß eingeplant und mit den in der Umgebung schon vorhandenen abgestimmt (die Superblocks waren ja keine Trabantsiedlungen, sondern wurden in städtebauliche Lücken eingefügt).

Eine Reihe von Gemeinschaftseinrichtungen waren aber nicht unmittelbar ökonomisch oder sozial motiviert. Jugend-, Arbeiterklubs, Bibliotheken, Vortragssäle waren als Beitrag zur Hebung des kulturellen und politischen Bewußtseins der Arbeiter gedacht.

Der austrofaschistische Ständestaat setzte dem kommunalen Wohnbau ein Ende. 1934–1938 beschränkte sich die Bautätigkeit auf Obdachlosenasyile. Der Anschluß an Hitlerdeutschland änderte an dieser Situation nichts.

II. Die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien nach dem Zweiten Weltkrieg

In Wien war die Lage 1945, nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs alles andere denn rosig. Mehr als 85.000 Wohnungen waren durch Kriegseinwirkung zerstört oder so schwer beschädigt, daß sie nicht wiederherstellbar waren. Dazu kam die allgemeine wirtschaftliche Not, zerstörte Produktionsanlagen und eine nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches völlige Desorganisation aller staatlichen und kommunalen Instanzen.

Die Sozialdemokratie übernahm in Wien wieder die Führungsrolle. Sie nannte sich jetzt Sozialistische Partei Österreichs, um so die revolutionäre Seite ihrer Zielvorstellungen zu betonen. Aber so wie nach dem Ersten Weltkrieg verhielt die Phrase nur die tatsächliche Einordnung der Arbeiterbewegung in die Rekonstruktion des kapitalistischen Systems in Österreich.

Der Wohnbau genoß nun wieder Vorrang in Wien. Formell knüpfte die Ge-

meinde an ihre Glanzzeit von 1923 bis 1933 an. Wieder wurde erklärt, daß die Wohnung keine Ware, sondern ein soziales Gut sei, daß die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und weiterhin niedrige Mieten im kommunalen Wohnbau nicht nur sozial gerechtfertigt, sondern auch notwendige ökonomische Maßnahmen darstellten. Die Wirtschaft sollte durch zu hohe Lohnkosten nicht in ihrer Entwicklung behindert werden. Mehr noch: „Wiederaufbau heißt bessermachen“ war die Losung. Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung waren damit gemeint.

Von Anfang an existierte allerdings eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität und unsere Analyse wird zeigen, wie in zunehmendem Maße auch der politisch-soziale Anspruch verlorengeht. Die Prosperität der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wiederaufbauphase wird Argument zum schrittweisen Abbau des sozialen Charakters des Wohnungsbaus.

Die Wohnbauleistung selbst ist auf den ersten Blick beeindruckend. Jährlich wurden ca. 5.000 Wohnungen gebaut. Der zweite Blick stimmt zurückhaltender. So wurden etwa zwischen 1945 und 1961 etwa 5.000 Wohnungen weniger gebaut als 1919 bis 1934. Der kommunale Wohnbau bleibt gegenüber dem Wohnbau insgesamt besonders in den letzten Jahren immer mehr zurück. Die Gemeinde forcierte die Förderung der Genossenschaften.

„Die Wohnbauvereinigungen können durch ihre etwas größere Freiheit bei der Kalkulation einen wertvollen Beitrag zur wünschenswerten Differenzierung der Wohnformen leisten.“ heißt es dazu aufschlußreich in einem Artikel über „Wohnen in Wien“ (H. Junker: Wohnen in Wien, in: Der Aufbau Nr. 1 bis 3, 1969, S. 57). Indem die Rolle der Gemeinde Wien als Bauträger abnimmt, nimmt auch das Prinzip der Bedürftigkeit bei der Vergabe der Wohnungen ab. Das gilt für Genossenschaftswohnungen, mehr noch, das ist klar, für Eigentumswohnungen.

Finanzierung und Mieten/Wohnungskosten

Es war wie schon erwähnt klar, daß der Mieterschutz in der Wiederaufbauphase in vollem Umfang aufrechterhalten werden mußte. Bis 1958 wurde im kommunalen Wohnbau die Praxis der Zwischenkriegszeit beibehalten. Fertiggestellte Wohnungen wurden an vorgemerkte Wohnungssuchende nach sozialen Kriterien kostenlos vergeben. Die Miete war ausschließlich auf Betriebs- und Instandhaltungskosten orien-

tiert. 1956 betrug der Wohnungsaufwand für eine Durchschnittswohnung ca. 6 % des durchschnittlichen monatlichen Nettolohnes eines Arbeiters.

Die Wohnbausteuer 1923 jedoch, vom Bürgertum seinerzeit als „Wohnungsbolschewismus“ bekämpft, wurde nicht wieder eingeführt. Der Wohnbau wurde ausschließlich aus allgemeinen Steuermitteln finanziert, ohne daß wie in der Zwischenkriegszeit die Besitzenden in besonderer Weise belastet worden wären. Damit war ein grundlegendes soziales Moment der Wiener Wohnbaupolitik verloren gegangen. Der 1951 eingeführte Wohnbauförderungsbeitrag begünstigt im Gegenteil die höheren Einkommensklassen, weil er auf den Bemessungsgrundlagen für die Sozialversicherung beruht, deren Höchstgrenze die Großverdiener ungeschoren läßt.

1958 erfolgt auch eine Korrektur der Mietenpolitik. Baukosten und Miete wurden nun aufeinander bezogen, und zwar wurde die Miete mit 2 % der Baukosten pro Jahr (Instandhaltungskosten inbegriffen) festgesetzt. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Verbesserung der Ausstattung der Wohnungen. Es handelte sich dabei um Verbesserungen, die keinesfalls als Luxus bezeichnet werden können, sondern einfach um ein partielles Nachziehen auf einen in der Entwicklung der Wohnsphäre längst vorgegebenen Standard. 1960 beträgt der Wohnungsaufwand für eine Durchschnittswohnung von 56 Quadratmeter ca. 15 % des durchschnittlichen Nettolohnes eines Arbeiters, das ist das Zweieinhalbfache des Anteils von 1956.

1966 sind die Einkommen der Arbeiter und Angestellten nach Meinung der Gemeinde Wien so hoch, daß die Einhebung eines Kostenbeitrags gerechtfertigt wird. 1967 wird der Baukostenbeitrag auf 20 % (bei Zentralheizung auf 22 %) der anteiligen Gesamtbaukosten festgesetzt. Um in Notfällen eingreifen zu können, wird parallel die Möglichkeit der Subjektförderung gesichert, d. h. die Aufbringung der Eigenmittel kann gestundet, zinsenlos kreditiert und auch beim Mietaufwand (der heute auch bei Gemeindewohnungen schon einen beträchtlichen Teil des Einkommens verschlingt) kann finanziell unterstützt werden. Das Anrecht der Lohnabhängigen als Klasse auf eine Wohnung als soziales Gut, befriedigt im Maß der Wohnbautätigkeit nach Kriterien der Bedürftigkeit, schlägt um in karitative Hilfe der Kommune in besonderen Fällen. Die Masse der Arbeiter und Angestellten, die eine Gemeindewohnung bezieht, bezahlt.

1968 suchte die Gemeinde durch Gründung des Wiener Wohnbaufonds Nachteile und Belastungen des von der ÖVP beschlossenen Wohnbauförde-



runngesetzes auszugleichen: Hilfe bei der Aufbringung der Eigenmittel, günstigere Förderung des Genossenschaftswohnbaus (dafür sicherte sich die Gemeinde ein Zuweisungsrecht), bessere Mietzinsbeihilfen. Die Wohnungskosten steigen trotzdem weiter, eine besondere Rolle dabei spielt die Durchlöcherung des Mieterschutzes. Seit 1968 gibt es nämlich auch die freie Mietzinsvereinbarung bei der Neuvermietung von Altwohnungen. Dafür trägt die Gemeinde natürlich nicht die unmittelbare Verantwortung. Aber sie hat bisher dem Maklerunwesen freie Hand gelassen, statt die Wohnungsvermittlung zu kommunalisieren und so dem ungesetzlichen

Wohnungsablösewucher entgegenzutreten.

Planung und Struktur

Der Abbau des sozialen Anspruchs der Gemeinde findet schließlich in der Planung und Struktur des kommunalen Wohnbaus seinen Niederschlag. Technische (sowohl in Bezug auf die Planungsstrukturen, als auch auf bautechnisch-konstruktive Belange) und plattökonomische Gesichtspunkte setzen sich als alleinig relevant durch. Die sozialen, kommunikativen, kulturellen Elemente treten in der Wohnhauspla-

nung in den Hintergrund. An die Stelle der Superblocks mit ihren Gemeinschaftseinrichtungen tritt die Zeilenbauweise in einer Öde, wie sie nicht allein durch fehlende Geldmittel oder durch die Anwendung industrialisierter Baumethoden (Großtafelbauweise) erklärt werden kann. Diese im Volksmund „Emmentaler“ genannten Bauten sind auch Ausdruck des Fehlens von Überlegungen bezüglich der Rolle der Wohnsphäre für die Lohnabhängigen als soziale Klasse. Wohnen ist jetzt nur mehr Mittel rein individueller Bedürfnisbefriedigung. Der Freiraum wird zum Abstandsgrün degradiert und geht als Übergangsbereich von der privaten zur öff-

fentlichen Sphäre als Ort der Kommunikation verloren.

Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit wird die Wohnung als selbständige, isolierte Einheit Mittelpunkt der Planungsüberlegungen. Das bürgerlichen Wohnvorstellungen entnommene Ziel war Wohnungsgröße, Anzahl der Räume, Ausstattung in einem Maß zur Verfügung zu stellen, das erlaubte, alle Funktionen der Familie innerhalb der „eigenen vier Wände“ wahrnehmen zu können. „Eine dauerhafte, höhere Wohnkultur, die in formaler Hinsicht sich teilweise völlig neuer Wege bedienen muß, kann sich allerdings nicht allein nur aus öffentlicher Initiative auf kommunaler Grundlage entwickeln. Der baugenossenschaftliche Gedanke findet hier ein breites Feld von noch lange nicht ausgeschöpften Möglichkeiten vor: ein noch höherer Sparwille des Einzelnen und eine bewußte Abkehr vom überhohen Genußmittelaufwand zugunsten eines höheren Wohnkulturaufwandes werden wirksam werden müssen. Auch die Bestrebungen vieler Stadtbewohner, ihre Freizeit nicht außerhalb der Wohnung – in Gasthäusern, Cafes, beim Heurigen, im Kino – sondern *innerhalb* ihrer eigenen vier Wände in *selbstgestalteter* Umgebung im Kreise der *Familie* zu verbringen, werden den Entwicklungsweg zu einer wohnkulturell gehobeneren Gesellschaft wesentlich mitbestimmen müssen.“ (R. J. Boeck: Sanierung von Gesellschaft und Stadt durch ein soziales Bauen, in: Der soziale Wohnbau, Buchreihe des Aufbauheftes 39, Stadtbauamt der Stadt Wien, 1960, S. 124/125)

Was im Wiener Wohnhausbau ohnehin jeder beobachten kann, wird hier klar ausgesprochen: Wegweisend kann die Stadt Wien nicht sein. Die Entwicklung neuer Wohnformen (nicht inhaltlich, sondern nur in bezug auf das Raumangebot und die Ausstattung) wird den Genossenschaften überlassen, und diejenigen, die in den Genuß dieser Entwicklungen kommen wollen, sollen doch ruhig dafür auf anderen Gebieten Opfer bringen.

Die Wohnfolgeeinrichtungen haben wie schon erwähnt ihren Charakter verändert. Es gibt kaum Einrichtungen, die solidarisches Handeln fördern, wie etwa durch die Hausbewohner zu beaufsichtigende Kinderspiel- und Aufenthaltsräume, der spärliche Rest von Jugend-, Sport-, Arbeiterklubs sind einige SPÖ-Sektionslokale. Die Kulturzentren der Stadtrandsiedlungen können die Funktionen der ehemaligen Kommunikations-, Bildungs- und Kultureinrichtungen nicht übernehmen. Sie sind nicht integraler Bestandteil des engeren Wohnbereichs und ihr Aufsuchen erfordert eine bewußte Überwindung physischer und psychischer Sperrn. Auf der anderen Seite mußte der Versuch fehlgeschlagen, diese Zentren als Kern „eigenständigen Kulturlebens“ zu betreiben, die Konkurrenz überlegenen Großstadtkulturlebens ist da nicht zu schlagen. Überhaupt sind diese Kulturzentren nicht auf aktive kulturelle Betätigung ausgerichtet, es dominiert der Kulturkonsum.

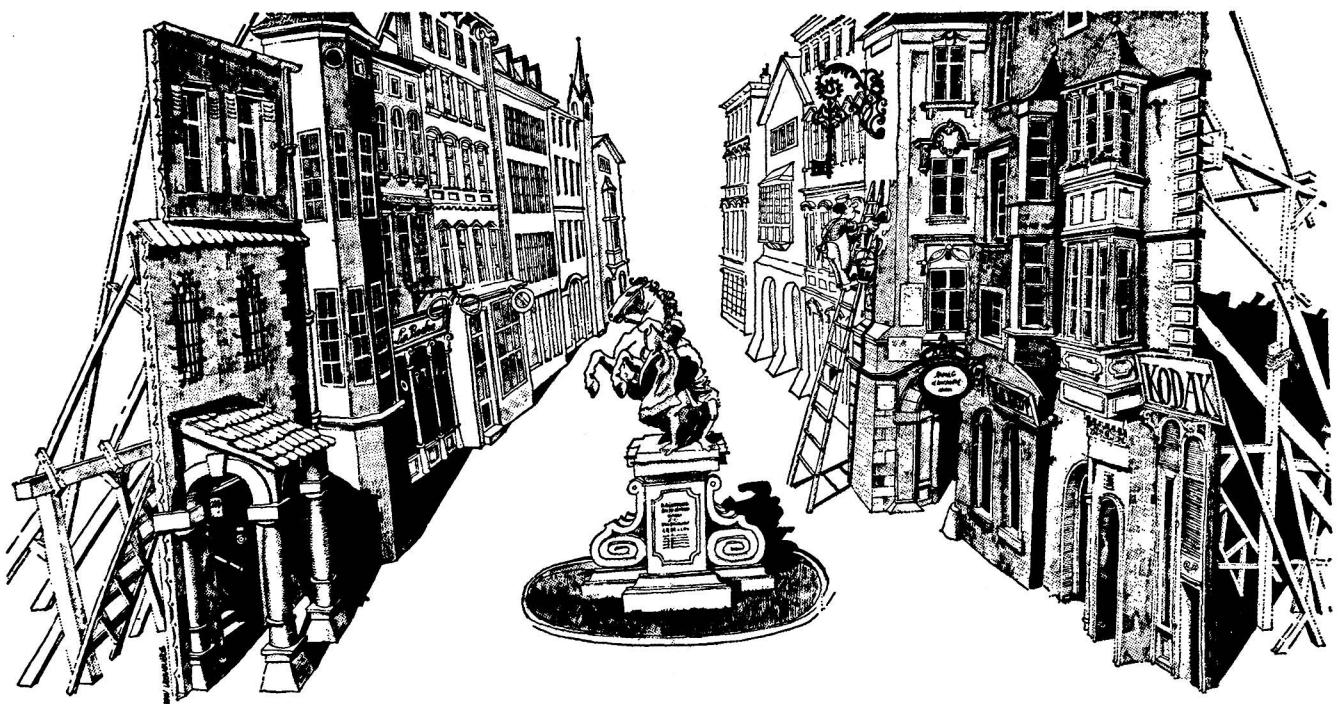
Sozial-wirtschaftlich motivierte Einrichtungen werden beibehalten, jedoch ebenfalls in völlig veränderter Form.

Die kommunikative Atmosphäre der Zentralwaschküchen verschwindet, man plant Kleinwaschküchen für ca. 25 nach einem bestimmten Zyklus waschenden Parteien, wo nun die Hausfrau allein, isoliert ihre Wäsche besorgen muß. Diese Entwicklung ist eben nicht einfach eine Anpassung an veränderte technische Möglichkeiten.

Bildungseinrichtungen, Dienstleistungsbetriebe, Versorgungseinrichtungen für Konsumgüter werden in den völlig unerschlossenen Stadtrandbereichen oft erst im Nachziehverfahren gebaut, was für die Bewohner täglich große Belastungen mit sich bringt. Aus bautechnischen und ökonomischen Gründen werden alle diese Einrichtungen zu Zentren zusammengefaßt, die einen Einzugsbereich haben, der über die zumutbare Fußgängerdistanz hinausgeht. Ein Grund mehr, abgesehen von der meist unzulänglichen Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, sich unter allen Umständen ein Auto zu halten. Wer dazu nicht in der Lage ist, muß schwerwiegende Nachteile in Kauf nehmen.

Planung im kommunalen Bereich, das ist heute nur Anpassungsplanung höherer Ordnung. Das wissenschaftliche Instrumentarium, die empirische Sozialforschung helfen bestehende Trends zu erkennen, die dann – als Sachzwang hingenommen – in der Planung verwendet werden. Ohne Beteiligung der arbeitenden Menschen an Planung und Realisierung, ohne klare gesellschaftspolitische Zielvorstellungen kann der technokratische Charakter der gegenwärtigen Kommunalpolitik nicht überwunden werden.

Paul Kolm



**Erklärung
der
BfS
zur
Arbeiterkammer-
Wahl
1979**

1. Dem ÖGB ist es in der Hochkonjunktur gelungen, ohne Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten materielle Verbesserungen durchzusetzen. Seit auch in Österreich vermehrt Krisenzeichen wirksam werden, zeigen sich zugleich die Grenzen der vom ÖGB getragenen Sozialpartnerschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung ging davon aus, daß die wirtschaftliche Expansion bruchlos anhalten würde und aus diesem steigenden Wirtschaftswachstum automatisch alle sozialen Fragen der Arbeiter und Angestellten befriedigt würden. Hauptziel der Aktivität des ÖGB war deshalb die Förderung des Wirtschaftswachstums zum Zwecke der materiellen Absicherung der Arbeiter und Angestellten.

Die Gewerkschaften haben sich dadurch unmittelbar in eine weitgehende Übereinstimmung mit dem kapitalistischen System gezwängt und auf gesellschaftsverändernde Initiativen verzichtet. Sie haben die Verfügungsmacht des Kapitals kaum eingeengt und die bestehende Herrschaftsform nicht angetastet.

2. Dazu kommt noch, daß sowohl die Politik als auch die Struktur des ÖGB darauf abzielen, die Aktivierung der Arbeiter und Angestellten soweit wie möglich hintanzuhalten. Der Apparat des ÖGBs besteht zu einem Großteil aus Angestellten, die nicht der Basis verantwortlich sind und von dieser kontrolliert werden können, sondern allein der Gewerkschaftsspitze unterstellt sind.

Das Resultat dieser Organisationsstruktur ist eine Demobilisierung der Arbeiterschaft, die noch durch die Etablierung von Parteifractionen unterstützt wird: Die Existenz der Parteifractionen verleiht dem ÖGB die demokratische Legitimation, ohne echte demokratische Willensbildungen unter seinen Mitgliedern zu praktizieren.

Diese Bürokratisierung entspricht der sozialpartnerschaftlichen Theorie und Praxis des ÖGBs, Klassenauseinandersetzungen zu vermeiden und durch Geheimverhandlungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene – unter weitestgehender Ausschaltung der Basis – Kompromisse zu schließen.

3. Die krisenhafte Entwicklung trifft deshalb die Arbeiter und Angestellten umso stärker unvorbereitet. In manchen Betrieben stellt sie das Erregene wieder in Frage, zumal der ÖGB sich auch heute noch den sozialpartnerschaftlichen, bürokratischen Maximen unterwirft und auf die Initiierung wesentlicher gesellschaftlicher Veränderungen verzichtet.

Ohne die Einengung des Handlungsspielraumes internationaler und nationaler

Kapitaleigner, d. h. ohne grundsätzliche Änderung der ÖGB-Politik wird der Einzug klassischer Krisenauswirkungen kaum zu verhindern sein.

4. Die Gewerkschaftliche Einheit tritt gegen die Politik der Sozialpartnerschaft auf. Sie geht davon aus, daß der ÖGB neue, qualitative Forderungen offensiv stellen sollte, die die Verfügungsgewalt des Kapitals einengen. Die GE verlangt nicht nur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, lineares Lohnsystem, sondern auch Einbeziehung der gesellschaftlichen Bereiche wie Kultur, Wohnen, Freizeit und Gesundheit als Zielsetzung gewerkschaftlicher Politik.

Die GE vertritt die Überzeugung, daß eine solche Politik die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten für ihre Interessen voraussetzt. Wichtigste Voraussetzung dafür ist die Demokratisierung des Lebens der Gewerkschaften und die Herstellung eines autonomen Verhältnisses der Gewerkschaften zum Staat und zu den politischen Parteien.

5. Die FöJ-Bewegung für Sozialismus stimmt nicht nur wegen gemeinsamer Traditionen, sondern auf Grund der aktuellen Übereinstimmung in den Grundsätzen der Betriebs- und Gesellschaftspolitik, mit den wesentlichen Überlegungen der GE überein.

6. Die Arbeiterkammerwahlen sind die einzigen Wahlen, in denen nur Arbeiter und Angestellte im gesamtösterreichischem Rahmen stimmberechtigt sind. Die Arbeiterkammer stellt heute die einzige österreichische öffentliche Institution dar, in der Kräfte links von der SPÖ vertreten sind.

Die KPÖ und ihre Gewerkschaftsfraction, der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) ist durch ihre bedingungslose Verteidigung des „realen Sozialismus“ keine glaubwürdige sozialistische Alternative.

Die Arbeiterkammern bieten eine zusätzliche Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialpartnerschaft. Zudem ist es sicherlich eine entscheidende Frage der Glaubwürdigkeit der politischen Strömung, die wir ebenso wie die GE repräsentieren, im einzigen Forum vertreten zu sein, das unmittelbar von den Arbeitern und Angestellten beschickt wird.

7. Die FöJ – Bewegung für Sozialismus wird deshalb die Aktivitäten und insbesondere die Kandidatur der GE zu den Arbeiterkammerwahlen 1979 im vollen Umfang unterstützen und sieht darin einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Sie wendet sich an alle undogmatischen Linken, ebenfalls die Kandidatur der GE zu unterstützen und dazu beizutragen, Positionen zu stärken, die glaubwürdig eine grundsätzliche Änderung der ÖGB-Politik verlangen. ■

Eurokommunismus: Kritik an den Thesen

Die Autoren des folgenden Beitrages sind der Einladung zur Diskussion in der letzten „offensiv links“ gefolgt und setzen sich kritisch mit den Thesen der Genossen Kolm und Patka auseinander.

Die Thesenform ermöglicht kaum detaillierte Argumentation, was sowohl auf diesen als auch auf den kritisierten Beitrag zutrifft. Zudem setzt eine detailliertere Kritik eine längere Diskussion innerhalb der „Bewegung für Sozialismus“ voraus, deren Mitglieder die Autoren sind.

Die Autoren des Beitrages intendieren nicht, sektiererische Kritik an den eurokommunistischen Parteien zu üben. Sie sind jedoch der Auffassung, daß eine Reihe schwerwiegender Probleme in Theorie und Praxis der eurokommunistischen Parteien bei den Thesen Kolm/Patka nicht zum Ausdruck kommen. Sie bemühen sich darüber hinaus, in ihrem Beitrag zu klären, warum es auch in denjenigen Ländern Gruppen der undogmatischen Linken gibt, in denen die eurokommunistischen Parteien im Vorhof der Macht stehen. Und es ist gerade dieses Verhältnis zur Macht im bürgerlichen Staat, das einen zentralen Punkt der Auseinandersetzung darstellt.

1. Die Thesen der Genossen Kolm und Patka widerspiegeln ein falsches, unseiner Ansicht nach *verkehrtes*, Verständnis des Verhältnisses von Parteien und Klassenbewegungen. Es ist wohl zutreffend, daß in denjenigen Ländern, in denen sich die Renaissance des Marxismus in den Kämpfen der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte, die in Bürokratismus erstarrten kommunistischen Parteien auf die Klassenbewegungen reagierten. Das Phänomen des Eurokommunismus steht in diesem Zusammenhang. Als „neue Kraftquelle“ sehen wir aber im Gegensatz zu Kolm/Patka (These 1) nicht die bürokratische *Antwort* der existierenden kommunistischen Parteien und Institutionen auf die schöpferischen Klassenbewegungen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, sondern den Aufschwung der Arbeiterkämpfe selbst.

Das Konzept der eurokommunistischen Organisationen läuft im wesentlichen darauf hinaus, einige der neu entwickelten Formen des Klassenkampfes in den lateineuropäischen Ländern in die jeweiligen Konzepte und Strategiemodelle der kommunistischen Parteien einzugliedern. Wohl wurzelt der Eurokommunismus in den sozialen Bewegungen der späten sechziger Jahre, am grundsätzlich reformistisch-integrativen Konzept zur gesellschaftlichen Umwandlung halten jedoch die eurokommunistischen Gruppierungen fest.

Die emanzipatorischen Ambitionen, die sich in den Kämpfen der lateineuropäischen Arbeiterbewegung Ausdruck verschafft hatten, fanden keinen realen Niederschlag in der Politik der eurokommunistischen Parteien. Zu den Zielen und zur Praxis der Neuen Linken sind sie stets ablehnend gestanden. Diese Ablehnung reicht von der offenen Verurteilung und Abwürgung der Pariser Mai-Revolution 1968 über den Ausschluß der II-Manifesto-Gruppierung der KPI bis hin zur völligen Passivität bei den bis

heute andauernden Kämpfen der LIP-Belegschaft in Frankreich, die in ihren Kämpfen die Perspektive der sozialistischen Selbstverwaltung eröffnet.

Ebenso wie der Eurokommunismus ist aber auch die *Existenz von Gruppen der undogmatischen, „neuen“ Linken* – wie auch der BFS – Resultat der gewandelten politischen Verhältnisse in der Arbeiterbewegung seit den späten sechziger Jahren. Die Anstöße zur Neuorientierung des marxistischen Denkens und zu neuartigen Formen der politischen Praxis sind ebenso wie von den Eurokommunisten auch von diesem Teil der Linken aufgenommen worden – wenn auch teilweise mit anderen Ergebnissen.

2. Es ist unbestritten, daß eines der wesentlichsten Verdienste des Eurokommunismus in der Abkehr von einem alleingültigen Sozialismus-Modell à la „realer Sozialismus“ besteht. Die Kritik an diesem Modell hat ohne Zweifel die Entwicklung der sozialistischen Opposition in den osteuropäischen Ländern begünstigt, und zwar in einem Ausmaß, wie dies keine andere linke Bewegung und Organisation in Westeuropa erreichen konnte. Das wesentliche Element der eurokommunistischen Kritik ist gerade dasjenige, daß innerhalb der kommunistischen Weltbewegung erstmals seit der Oktober-Revolution grundlegende Fragen aufgeworfen wurden, die direkt auf die Legitimationsbasis der Machthaber in den Oststaaten abzielen.

3. Die Entwicklung derjenigen Parteien, die heute als eurokommunistische bezeichnet werden, hat ohne Zweifel neue Hoffnungen und gesellschaftsverändernde Perspektiven eröffnet. Wenn auch die Frage der innerparteilichen Demokratie bis heute noch nicht befriedigend beantwortet ist, so läßt sich dennoch zeigen, daß die eurokommunistischen Parteien grundsätzlich bereit sind, alternative Ansätze zu unterstüt-

zen, *sofern ein entsprechender externer Druck vorhanden ist*. Eurokommunistische Gruppierungen haben wohl bisher nie Initiativen dort gezeigt, wo kapitalistische Organisations- und Lebensvollzüge durch praktische Kritik in Frage gestellt wurden. Sie haben jedoch solche Ansätze immer wieder – wenn auch verspätet – unterstützt. Die entscheidenden Initiativen sind stets aus konkreten Bewegungen entstanden. Daraus erklärt sich auch die Existenz der europäischen undogmatischen Linken, die von vornherein solche Initiativen unterstützt und zum Teil unsektiererisch selbst initiiert hat (Anti-AKW-Bewegung, LIP, Gegenkultursansätze, Frauenbewegung, etc.).

4. Es ist unbestreitbar richtig, daß in West- und sicherlich auch in Osteuropa die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft nicht alleiniges Werk einer Avantgarde sein kann, sondern Resultat einer bewußten Praxis der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.

Im Werk Gramscis nimmt diese Problematik eine zentrale Rolle ein. Sein Konzept von der Hegemonie der Arbeiterklasse in einem Block der fortschrittlichen Kräfte erscheint uns jedenfalls der Realität spätkapitalistischer Gesellschaften adäquater als eine klassentheoretische Akrobatik, mit der manche linke Gruppen alle sozialen Schichten zur Arbeiterklasse hinzurechnen und sich so um das Bündnisproblem herumdrücken. Keineswegs mündet jedoch die Vorstellung der „Hegemonie der Arbeiterklasse“ und des „Historischen Blocks“ in ein Konzept des „historischen Kompromisses“, dem heutigen politischen Konzept der KPI. Der „historische Kompromiß“ in seiner heutigen Konzeption stellt kein *Klassenbündnis* der fortschrittlichen Kräfte, gruppiert um die Arbeiterklasse dar, sondern ein *Partei-bündnis* auf Spitzenebene mit den konservativsten, korruptesten Elementen des politischen Prozesses in Italien,

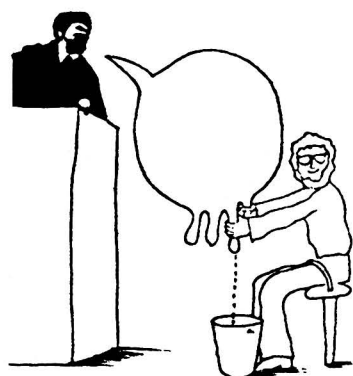
nämlich der Christdemokratie als Partei. Flankierend dazu werden sozialpartnerschaftliche Übereinkünfte getroffen, die sich kaum mit dem Rückgriff auf Gramsci rechtfertigen lassen.

Insoweit ist die These der Genossen Kolm und Patka bestreitbar, die behauptet, die KPI hätte eine „wirklich neuartige, der komplexen Analyse entsprechende und differenzierte Betrachtungsweise“, über die die KPF nicht verfüge.

Die Konzeption der KPF in einer engen Zusammenarbeit mit der SPF, so schwierig sich diese auch gestaltet, ist unserer Ansicht nach vom Standpunkt einer notwendigen tiefgreifenden Veränderung der Gesellschaft dem Konzept des „historischen Kompromisses“ unter faktischem Ausschluß der anderen politischen Vertreter der Arbeiterklasse (SP, Neue Linke) sicherlich vorzuziehen. Die Wahlergebnisse der letzten Zeit ermöglichen es auch keineswegs, wie Kolm/Patka behaupten (These 3.2.), die Richtigkeit der italienischen Positionen gegenüber denen der KPF zu belegen. Wohl hat die KPF bei den Parlamentswahlen stagniert, aber auch bei den italienischen Regionalwahlen waren Stimmenverluste für die KPI zu verzeichnen.

5. Die eurokommunistische Konzeption vom wechselseitigen Verhältnis von Partei und Basisbewegungen ist sicherlich kein wesentlicher Unterschied zu orthodox-stalinistischen Konzeptionen. Ernst Fischer weist in seinen Memoiren darauf hin, daß die KPÖ schon 1948 ergänzende Formen der Basisdemokratie zu den entwickelten Formen der repräsentativen Demokratie gefordert hat. Auch gehören solche – meist im undemokratischen Ritual erstarrte – Elemente (Delegiertensystem, Sowjets) zum Standardrepertoire osteuropäischen Staatsaufbaus.

Es ist wohl richtig, daß die eurokommunistischen Parteien die ergänzenden Elemente der Basisdemokratie nicht in dem eingeschränkt den Parteizwecken untergeordneten Modell fordern, wie dies in den Überlegungen der traditionalistischen kommunistischen Parteien der



Fall ist. Bologna ist einer der vielen Belege dafür.

Ebenso ist es wesentlich, Formen der repräsentativen Demokratie zu finden, die Zentralfunktionen demokratisch leisten können. Jedoch lehnen wir ein Verständnis ab, das uns bei Kolm/Patka durchzuklingen scheint (These 3.3), in dem es nur darauf ankommt, dem bürgerlichen Parlamentarismus – quasi als *Ergänzung* – elementare Formen der Basisdemokratie zur Seite zu stellen.

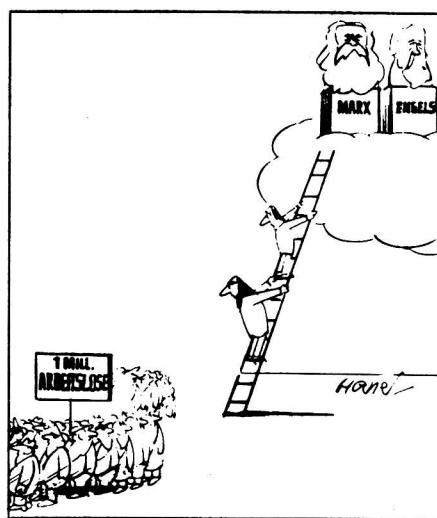
Für eine sozialistische Demokratie ist es wesentlich, von den Prinzipien der Basisdemokratie ausgehend Prinzipien einer repräsentativen Demokratie zu finden, die den Vorstellungen des bürgerlichen Parlamentarismus entgegengesetzt sind (z. B.: gebundenes Mandat, Kontrollfunktionen, alternative Definition der Gewaltenteilung, etc.) und nicht bloß die bestehenden Parlamente (wenn auch mit KP- oder SP-Mehrheit) mit direktdemokratischem „Beiwerk“ zu versehen.

6. Es ist ohne Zweifel heute wichtiger denn je, Strategieformen zu finden, die einen *Bürgerkrieg* verhindern. Es hat sich tatsächlich in mehreren Fällen gezeigt, daß die Arbeiterbewegung in bürgerkriegsähnlichen Situationen der imperialistischen Internationale unterlegen ist. Dies schließt auch Revolutionsmodelle aus, die von einem isolierten Vorpreschen in einzelnen Ländern ausgehen, und zwar umso mehr, als sich das Kapital internationalisiert.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß das Konzept, das der Eurokommunismus diesen Modellen entgegengesetzt, ebenfalls ungenügend ist. Sowohl in Frankreich als auch in Italien reagiert der Eurokommunismus auf die Krisenerscheinungen ausschließlich *defensiv*. Die eurokommunistischen Organisationen verlangen heute weitestgehenden Verzicht auf Seiten der Arbeiter- und Angestelltenschaft, um die Arbeitsplatzsicherung gewährleisten zu können.

Bis heute sind die eurokommunistischen Gruppierungen den Nachweis schuldig geblieben, daß ihr Konzept des kompromißloseren Zurückweichens, der *Defensive*, ein Konzept ist, das sowohl Bürgerkriege zu verhindern imstande ist (man denke nur an die Politik der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit) als auch gesellschaftliche Alternativen zu eröffnen. Die Orientierung auf das, was Kolm/Patka die „tragende Rolle innerhalb der bestehenden Gesellschaft“ nennen (These 4), steht, wie uns scheint, der notwendigen gesellschaftlichen Veränderung entgegen.

7. Überhaupt zeichnen die Genossen Kolm und Patka eine Theorie des Eurokommunismus, die unserer Ansicht nach mit der momentanen Politik der



Theorie und Praxis

eurokommunistischen Parteien nicht im Einklang steht. Statt der „neuartigen . . . Konzeption der hegemoniellen Rolle und Perspektive der Arbeiterklasse“ und der Schaffung eines breiten Machtblocks (These 3.2) strebt die KPI eine Absprache der Parteiführungen an, statt reiner „Mobilisierung der Volksmassen zu bewußtem Kampf für ihre Interessen“ (These 3.4) können wir nur sozialpaktähnliche Klassenabkommen erkennen, die im Endeffekt eher *demobilisierend* wirken.

8. Es mag durchaus sein, daß die meisten Genossen/innen, die im Zuge der CSSR-Ereignisse in einen organisierten Konflikt mit der KPÖ getreten sind, eurokommunistischen Positionen nahestanden. Dies war jedoch nicht die einzige Ebene der Auseinandersetzungen, an deren Ende das selbständige Auftreten der FÖJ – später BfS – stand. Vielmehr spielten auch die Fragen der innerparteilichen Demokratie, des Verhältnisses zu linken Gruppierungen außerhalb der KPÖ und strategische Diskussionen eine wesentliche Rolle. Nicht zufällig sind zum gleichen Zeitpunkt auch aus der eurokommunistischen KPI oppositionelle Genossen aus dem ZK der KPI und aus der Partei überhaupt ausgeschlossen worden, als sie ähnliche Fragestellungen bezüglich revolutionärer Strategie und innerparteilicher Demokratie aufgeworfen haben, wie wir dies anlässlich der Invasion in der CSSR getan hatten.

Außerdem ist anzumerken, daß in der Zwischenzeit in der Politik und der Zusammensetzung der BfS ein gewisser Wandel eingetreten ist und die Organisation von einer Reihe von Genossen/innen – darunter auch zwei der Autoren dieses Beitrages – verstärkt wurde, die nach einer linken Alternative zu SPÖ und KPÖ suchten, ganz sicher aber nicht nach einer eurokommunistischen Organisation.

9. Die Konsequenzen, die die Genossen Kolm und Patka anregen, enthalten – wenn auch nicht ausdrücklich formuliert – die Anregung, daß die „Bewegung für Sozialismus“ *Kurs auf eine eurokommunistische Orientierung* nehmen solle. Schließlich wird argumentiert, der Eurokommunismus habe Einfluß auf breite Teile der linken SP (was unserer Ansicht nach zumindest für die Jugendorganisationen SJ, JG und VSStÖ nicht zutreffend ist – es sei auch daran erinnert, daß die Attraktivität der BfS für die SP-Linke zu einer Zeit am größten war, als von einer eurokommunistischen Orientierung noch nicht die Rede war) und im übrigen, argumentieren die beiden Autoren, sollten wir im Kontext des Eurokommunismus insbesondere mit jüngeren KPÖ-Kadern politische Auseinandersetzungen suchen.

Wir stimmen sicherlich mit den Autoren darin überein, daß die eurokommunismus-Diskussion wichtige neue Elemente für einen positiven Klärungsprozeß der politischen Positionen innerhalb der Linken (die sich sicherlich in einer Krise befindet, allerdings insgesamt und nicht nur, wie Kolm/Patka in ihrer These 7.3 schreiben, ihr „extrem“ linker Teil) und über den Rahmen der „Bewegung für Sozialismus“ hinausgehend mit sich bringen könnte.

Wir sind jedoch *nicht* der Auffassung, daß ein solcher Klärungsprozeß durch eine positive Stellungnahme zum Eurokommunismus erreicht werden kann.

Vielmehr scheint uns eine solche Debatte nur ohne vorherige ideologische Vorgaben relevant zu sein. Die Diskussion kann für die Linke nur fruchtbar sein in dem Ausmaß, in dem es der „Bewegung für Sozialismus“ möglich wird, konkrete Alternativen in der Praxis aufzuzeigen, orientiert nach einem Konzept, in dem wir die Praxisfelder und die Aktivitäten selbst bestimmen, orientiert an der Perspektive der sozialistischen Selbstverwaltung.

Dies eben ist in den Grundsätzen der „Bewegung für Sozialismus“ angeregt, wenn wir davon sprechen, es ergäbe sich die Notwendigkeit, den Klassenkampf offensiv zu führen.

An diesen praktischen Erfahrungen erst läßt sich konkret bestimmen, ob und inwieweit eurokommunistische Konzeptionen für eine Politik hinderlich sind oder nicht, die sich an einem wesentlichen basisdemokratischen Grundsatz orientiert:

Die Betroffenen selbst sollen in allen Lebensbereichen entscheiden.

Peter Lachnit
Ronny Pohoryles
Fritz Zaun ■

solidarität

Internationaler Kongress für und über RUDOLF BAHRO

Vom 16.–19. November 1978 findet in Berlin ein Kongress über und für Rudolf Bahro statt. Rudolf Bahro ist einer der profiliertesten Theoretiker der sozialistischen Opposition in den Ländern des „realen Sozialismus“. Nach der Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative“ wurde er zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen vorgeblicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit verurteilt.

Die Thesen Rudolf Bahros stellen die vorläufig größte Herausforderung an die DDR-Bürokratie innerhalb der sozialistischen Opposition dar. Der Versuch, die wachsenden Widersprüche im eigenen Land mit der Ausbürgerung oder Einkerkelung von linken Kritikern zu lösen, zeigt nur, wie sehr die gegenwärtige DDR-Führung um den Verlust ihrer Legitimität fürchtet.

Für Bahro bedeutet die sozialistische Alternative mehr als nur die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Für ihn geht es um die umfassende Emanzipation aller Individuen, um die Überwindung der Hierarchien und Herrschaftsstrukturen.

Bahro kritisiert die Realität des „realen Sozialismus“ in der DDR nicht nur durch die moralische Verurteilung seiner Systeme. Er analysiert die Verhält-

nisse historisch-materialistisch und bezieht auch die westliche Diskussion mit ein. Und – was für Marxisten wohl das entscheidende Kriterium ist – er zeigt Konsequenzen und Wege zur Überwindung der Situation auf.

„Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert – es kömmt darauf an, sie zu verändern“, diese alte Marx-These hat heute mehr als je ihre Geltung. Bahro hat seinen Beitrag dazu geleistet.

Offensiv Links veröffentlicht im folgenden den Aufruf der Veranstalter des Kongresses für und über Rudolf Bahro. Der Aufruf trägt die Unterschrift von exilierten Dissidenten wie Zdenek Hejzlar und Jiri Pelikan, von Sozialdemokraten wie Peter von Oertzen und Ossip K. Flechtheim, von Vertretern der Neuen Linken wie Oskar Negt, Elmar Altvater und Rudi Dutschke, von Trotzlisten wie Ernest Mandel. Und nicht zuletzt auch vom jüngst unfreiwillig exilierten Wolf Biermann.

Die Redaktion offensiv links veröffentlicht im folgenden den Aufruf der Veranstalter und übersendet auf Wunsch gerne die Unterlagen und Anmeldeformulare für den Bahro-Kongress.

R.P. ■

UMBRUCH IN OSTEUROPA DIE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Unter der absurden Anschuldigung der "nachrichtendienstlichen" Tätigkeit ist Rudolf Bahro in der DDR zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Weder gab es die Möglichkeit einer wirksamen Verteidigung vor Gericht und in der Öffentlichkeit, noch wurde der internationalen Öffentlichkeit die Teilnahme am Prozeß ermöglicht.

Rudolf Bahro ist ein politischer Gefangener. Offensichtlich wie nur selten ist das Verleumderische und Konstruierte der bis heute geheimgehaltenen Anklagebegründungen. Die eigentliche Ursache ist – was sollen wir unter diesen Umständen anderes annehmen – der Inhalt und die Veröffentlichung seines Buches "Die Alternative" in der Bundesrepublik.

Gegen das Urteil hat die internationale Öffentlichkeit ihren Protest zum Ausdruck gebracht und nachdrücklich die sofortige Freilassung Rudolf Bahros in die DDR gefordert.

Rudolf Bahros Buch ist eine Herausforderung für die ost- und westeuropäischen Gesellschaften. Mit den zentralen Thesen und Fragestellungen seines Buches wird sich der INTERNATIONALE KONGRESS FÜR UND ÜBER RUDOLF BAHRO - Umbruch in Westeuropa - Die sozialistische Alternative" vom 16. bis 19. November in Westberlin beschäftigen. Rudolf Bahro ist ein Kommunist, der für einen freiheitlichen Sozialismus eintritt, einen Sozialismus, der eine umfassende politische Demokratie und die freie Selbstverwirklichung eines jeden in den Mittelpunkt stellt. Ausgehend von diesem Grundverständnis wird der Kongress versuchen, die unterschiedlichen Strömungen der ost- und westeuropäischen demokratischen und sozialistischen Bewegung zu einem fruchtbaren Meinungs-austausch und Disput über "Die Alternative" zusammenzuführen.

Natürlich müßte Rudolf Bahro auf diesem Kongress anwesend sein, um wirksam seine Thesen und Analysen zu verteidigen und begründen zu können. Die Behörden der DDR haben dem aber - und es ist nichts anderes abzusehen - einen Riegel vorgeschoben. Deshalb wird und muß dieser Kongress auch Ausdruck der Solidarität mit der Person Rudolf Bahros sein, ein konkreter Schritt der Entwicklung der internationalen Solidarität. Auch alle diejenigen sind deshalb durch diesen Aufruf angesprochen, die nicht mit den Thesen und Auffassungen Rudolf Bahros übereinstimmen. Hier gilt es, für jemanden einzutreten - im ganz persönlichen Sinne - der seinerseits uneingeschränkt für die persönliche Freiheit, die Freiheit der wissenschaftlichen und politischen Betätigung Andersdenkender wirkt und dies auch unter Einsatz seiner persönlichen Existenz.

Dieser Kongress will organisiert und vor allem finanziert sein. Hinter ihm stehen keine Geldgeber und politischen Mächte, mögen manche ihm dies auch unterstellen. Durch die persönliche Unterschrift und finanzielle Unterstützung möge jeder, mögen Redaktionen und Verlage, Gewerkschaftsgruppen und Organisationen, Parteigliederungen und Institutionen, Betriebsräte, Vertrauensleute, Redakteure, Abgeordnete ihre Solidarität und Unterstützungsbereitschaft bekunden. Auch die Hektik des Alltags sollte es nicht verunmöglichen, den dringend notwendigen finanziellen und persönlichen Beitrag zu leisten. Am besten durch die Teilnahme am Kongress selbst.

Gerade die in Gewerkschaften, den Massenmedien, Jugendorganisationen und Parteien Tätigen sind aufgefordert, in ihrem Wirkungsbereich über die Verurteilung Rudolf Bahros zu diskutieren und auf diesen Kongress aufmerksam zu machen. Nur so kann es gelingen, daß der Kongress aufgrund seiner Ausstrahlung auch wirksam die DDR-Bevölkerung erreicht und damit das Kalkül des "realen Sozialismus", das Kalkül, durch Todschweigen und Einsperren die drängenden Fragen auszuklammern, nicht aufgeht.

Berlin, 10. September 1978

Gegen Psychologengesetz

Der Berufsverband Österreichischer Psychologen hat den Entwurf eines Psychologengesetzes ausgearbeitet, der im Herbst 1978 dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss vorgelegt und im Frühjahr 1979 verabschiedet werden soll. Dieses Gesetz klärt die Rechtsstellung des Psychologen, grenzt dessen Tätigkeitsbereich ab und legt die Voraussetzungen fest, die zur Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ berechtigen. Die Interessen der Psychologen sollen dabei von einer Berufsorganisation in Form einer Kammer wahrgenommen werden.

Die Vorbereitung dieses Gesetzesentwurfes muß als mangelhaft bezeichnet werden, da bis vor kurzem weder eine Beziehung noch eine Information der von dem Gesetz Betroffenen, insbesondere der Psychologiestudenten, aber auch anderer im psychologischen Bereich Tätigen (Sozialarbeiter) erfolgte.

Der „Arbeitskreis Psychologengesetz“ ist der Meinung, daß jedes Psychologengesetz sich an einer Verbesserung der Versorgungslage im Sinne der Betroffenen orientieren müßte und nicht nur ständische Berufsinteressen einer Einzelgruppe absichern darf. Nach Erfahrungen in England, Amerika und in

der BRD wird eine umfassende psychosoziale Versorgung am ehesten gewährleistet, wenn folgende Strukturgesichtspunkte berücksichtigt werden:

– Der institutionelle Aufbau des Versorgungssystems muß die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller im weitesten Sinne psychologisch Tätigen ermöglichen.

– Der Schwerpunkt der Versorgung darf nicht wie bisher in bloß kurativen Leistungen bestehen, sondern muß in präventiven Maßnahmen liegen.

– Die Planung der psychosozialen Versorgung soll von regionalen Körperschaften ausgehen, die die Zusammenarbeit der verschiedenen psychologischen Berufsgruppen koordinieren (Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeiter, Psychiater, Pfleger, Krankenschwestern etc.) und insbesondere für die Einrichtung von Ambulatorien und teilstationären Diensten sorgen, in denen multiprofessionelle, therapeutische Teams eine gemeindenahere Versorgung leisten.

Das Psychologengesetz in der vorliegenden Fassung wird diesen Vorstellungen nicht gerecht.

Von ihm ist eine Reihe nachteiliger Wirkungen zu erwarten:

1. Die Schaffung einer Berufsorganisation für akademisch graduierten Psychologen – bei Ausgrenzung aller anderen psychologisch Tätigen – führt zu einer Fragmentierung des Versorgungssystems und behindert die Kooperation der verschiedenen Berufsgruppen, die für eine effiziente Versorgung notwendig ist. Ärzte und Psychologen teilen sich das Behandlungsmonopol und drängen die zahlreichen anderen Hilfsberufe, die für praktische Tätigkeiten ausgebildet sind und oft näher am betroffenen Hilfsbedürftigen stehen, in ein Unterordnungsverhältnis.

2. Das Gesetz bevorzugt die Möglichkeit der freien Niederlassung für Psychologen. Der vereinzelte Psychologe wird nun, wie der Arzt den medizinischen, den psychischen Aspekt aus dem Gesamtzusammenhang eines Problems isolieren. Die freie Niederlassung ist zudem, wie sich im Gesundheitswesen ge-



zeigt hat, der Ausgangspunkt für strukturelle Fehlentwicklungen.

Die Einzelbehandlung steht in krassm Gegensatz zu der wichtigen Förderung von Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe, wie es überhaupt im Bereich der psychosozialen Versorgung nicht ausreicht, Hilfsmaßnahmen nur auf einzelne als krank definierte Individuen zu beziehen, anstatt soziale Gruppen anzusprechen und soziale Zusammenhänge verändern zu helfen.

3. Der im Gesetzesentwurf verbindlich festgelegte Tätigkeitskatalog des Psychologen erweist sich im Hinblick auf die Vielfalt psychosozialer Leistungen als zu eng. Die Psychotherapie bleibt nach wie vor den Ärzten vorbehalten, während die eigentlich dafür ausgebildeten Psychologen mit dem vagen Begriff der Behandlung abgefertigt werden. Sie werden auf die Methoden der wissenschaftlichen Psychologie verwiesen, worunter aber ausschließlich Erkenntnismethoden verstanden werden (Test, Experiment, Interview) und keine Behandlungsmethoden. Dieser eingeschränkte Wissenschaftsbegriff entspricht dem Selbstverständnis der herrschenden Schulrichtungen der Psychologie. Durch ausschließliches Anknüpfen am individuellen Verhalten, ohne Beachtung der Vermitteltheit von psychischer individueller Beschaffenheit durch gesellschaftliche Prozesse und Strukturen werden gesellschaftliche Vorgänge individualisiert und psychologisiert. Die psychologische Tätigkeit wird in einen norm- und wertfreien Bezugsrahmen konzipiert, der jegliche Orientierung an einem normativen Gesundheitsbegriff oder an einer sozialpolitischen Zielfunktion psychischer Volksgesundheit vermeidet.

4. Die straffe Kammerorganisation hat durch Disziplinarrecht, Zulassungsbefugnisse und Bürokratisierung gegenüber ihren Mitgliedern die Handhabe, ihre Berufsausübung einzuschränken oder zu behindern. Es besteht die Gefahr, daß solche Rechte von einseitig majorisierten Standesgremien zur Disziplinierung von Mitgliedern instrumentalisiert werden, wobei unliebsame Kritiker, Innovatoren oder Minoritäten unter Konformitätsdruck gesetzt werden können.

Aus den angeführten Gründen lehnen wir das Psychologengesetz in der vorliegenden Fassung ab. Wir fordern die Einbeziehung aller psychologisch tätigen Berufsgruppen, der Psychologiestudenten und Vertreter öffentlicher Interessen (Gewerkschaften) in die weiteren Beratungen des Entwurfs und schlagen die Durchführung einer Enquete seitens des Ministeriums vor, die zur umfassenden Diskussion der Probleme Gelegenheit bieten soll. ■

antisemitismus

Kreisky zwischen Antisemiten und Zionisten

Daß das Ausland bei Anzeichen von Antisemitismus in Österreich besonders aufmerksam reagiert, ist kein Wunder. Österreich ist ein Land mit traditionell ausgeprägten antisemitischen Einstellungen; eine jüdenfeindliche Komponente gehörte bei den Christlichsozialen und Großdeutschen vom 19. Jahrhundert bis zum Jahr 1938 zum Standardrepertoire. Die Funktion des Antisemitismus lag darin, den unzufriedenen Massen einen Feind zu präsentieren, den man schlagen (und erschlagen) kann, ohne deshalb die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zu gefährden. Er ist Mittel zur Erreichung reaktionärer politischer Ziele, und, seit 1848, integrierender Bestandteil von Attacken gegen fortschrittliche Bewegungen. Vor allem die Arbeiterbewegung war antisemitischen Angriffen ausgesetzt, Karikaturen zeigten Bauer, Tandler, Ellbogen, Breitner mit Hakennasen – und in der Tat erleichterte die Feindseligkeit des bürgerlichen Antisemitismus, der Bolschewismus, Sozialdemokratie und Judentum gleichsetzte, gerade jüdischen Intellektuellen die politische Radikalisierung und damit den Weg zur Arbeiterbewegung.

Die Beteiligung der Österreicher an den Judenverfolgungen der Nazizeit war eine durchaus freiwillige, nicht von fremden Okkupanten aufgezwungene; ja sie war sogar – gemessen an der Einwohnerzahl des Landes im Verhältnis zu Deutschland – eine überproportionale. Eichmann, Globocnik, Kaltenbrunner und Wagner, also führende Exekutoren der Massenvernichtung, waren Österreicher, und auf einer unteren Ebene haben eine Reihe von Österreichern durch arisierte Wohnungen und Vermögen materiell von der Ausrottung profitiert. Über 65.000 österreichische Juden, ein Drittel der ursprünglichen jüdischen Bevölkerung Österreichs, sind den Vernichtungslagern zum Opfer gefallen. Und der Rest blieb vertrieben, exiliert lieber, als in das Österreich des Nachkriegs-Herrn-Karl zurückzukehren.

So wie der Faschismus insgesamt, wurden auch die Judenverfolgungen nach 1945 als aus Deutschland importiert betrachtet, was jede kritische Aufarbeitung unnötig machte: Wir waren ja ein besetztes Land gewesen. Nach der

Gründung des Staates Israel wandelten sich Österreichs Antisemiten allmählich zu Pro-Zionisten. Der zionistische Staat hatte ja auch viele Vorteile: man war die Juden los, sie waren weit weg von hier. Außerdem verteidigten sie die europäische Zivilisation gegen orientalische Tschuschn und Kommunisten, und gute Soldaten waren sie – alle Achtung! Diese Bewunderung hinderte die Österreicher jedoch nicht, im eigenen Land weiterhin die Juden zu meiden. 67 % sind nach einer IFES-Umfrage aus dem Jahr 1969 von der Überflüssigkeit von KZ-Prozessen überzeugt, 37 % der Ansicht, durch die Massenvernichtungen an Juden sei „manches besser geworden“. Gleichzeitig wurden Israels Blitzkriege bewundert und traditionell antisemitische Stereotypen auf Araber neu angewendet. Der Antisemitismus und dieser Pro-Zionismus sind Zwillingenbrüder: zwei Seiten derselben Medaille, die Verdrängung heißt.

Denn die Existenz des Antisemitismus ist es, die den Zionismus tabuisiert: durch pro-israelische Haltung will man den Vorwurf des Antisemitismus entkräften, das eigene schlechte Gewissen (und vielleicht auch die eigene NS-Vergangenheit) verdrängen. Jede Kritik an der israelischen Politik rüttelt an diesem mühsam gezimmerten moralischen Konstrukt und verfällt der Verdammung. Ein schönes Beispiel für diese Einstellung ist Kronenzeitungs-Staberl, der zwar Daniel Cohn-Bendit beharrlich als „Herrn Cohn“ bezeichnet, gegen ein anti-zionistisches Flugblatt der sozialistischen Mittelschüler jedoch eine Kampagne entfachte, an deren Ende der Parteiausschluß für den VSM stand.

Auch nach 1945 wurde der österreichische Antisemitismus gegen die Sozialdemokratie eingesetzt. Im Untergrund liefen Kampagnen gegen Pittermann, Broda, Waldbrunner; offen zum Ausdruck kamen antisemitische Affekte bei den Anhängern Olahs nach dessen Ausschluß aus der SPÖ und richteten sich gegen Justizminister Broda. Die ÖVP nannte 1970 ihren Spitzenkandidaten Klaus auf Wahlplakaten einen „echten Österreicher“ (im Gegensatz zum Juden Kreisky). Und auch innerhalb der SPÖ machten manche jener Funktionäre, die einen Parteivorsitzenden Kreisky verhindern wollten, auf dessen Abstammung ▶

aufmerksam. Otto Probst, der jetzt wegen des Anti-Israel-Interviews Kreiskys protestierte, war damals übrigens einer der Hauptfiguren der Kreisky-Verhinderer. . .

Der Zionismus ist zweifellos eine Antwort auf den – oft antisemitischen – Nationalismus in Ost- und Mitteleuropa und darin selbst Nationalismus. Eine Reaktion auf derselben Ebene gleichsam, der Wunsch nach einem Staat, der „so jüdisch sein wird, wie England englisch ist“ (Ch. Weizmann).

Die Staatsgründung Israels erfolgte als Antwort auf den mörderischsten Antisemitismus, den deutschen. Bei der Begründung dieses Staates stieß man aber auf eine bereits vorhandene Bevölkerungsgruppe, die Palästinenser. Die Durchsetzung der zionistischen Zielsetzung eines nationalen jüdischen Staates bedingte die Zurückdrängung der einheimischen Bevölkerung. In der Reaktion auf den schlimmsten Rassismus nahm das zionistische Konzept also selbst rassistische Züge an – wie die Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern zeigt, aus denen nach klassisch nationalistisch-chauvinistischer Weise „Menschen zweiter Klasse“ geschaffen wurden. Kreisky dazu in dem Interview mit der holländischen Zeitung „Trouw“: „Man kann doch nicht glauben, daß es eine israelische Demokratie gibt, wenn die Araber Staatsbürger zweiter Klasse sind und gleichzeitig in einem Polizeistaat leben“.

Kritik an dieser Politik, wenn sie aus Europa kam, wurde allzuleicht mit dem Hinweis auf den bekannten Antisemitismus abgelenkt. Der Linken, der man schwerlich Nähe zu den faschistischen Verhaltensweisen nachsagen konnte, wurde ein „neulinker Antisemitismus“ angedichtet, als die Kritik am zionistischen Staat zunahm, und zwar ungeachtet des weiterhin überproportionalen hohen Anteils von Leuten jüdischer Abstammung innerhalb dieser Linken. Und Bruno Kreisky wurde, kaum hatte er verlauten lassen, es könne keinen Nahostfrieden ohne Einbeziehung der Palästinenser geben, postfrei zum „jüdischen Antisemiten“ gestempelt, „der seinen Vater und seine Mutter haßt“. (Begin) Überhaupt die Abstammung, das „Blut“! „... daß Du Dich vor gut 30 Jahren, fein abgestimmt mit der Gründung unseres Staates, auf Zehenspitzen aus der jüdischen Gemeinschaft davongemacht hast“, wirft Efraim Kishon Kreisky vor (Spiegel 37/78). „Kreisky“,

so meinte Simon Wiesenthal vor zwei Jahren, „hat sich von der jüdischen Schicksalsgemeinschaft losgesagt. Und wer das tut, ist in meinen Augen ein Deserteur“. Das sind zwei Beispiele wie zionistische Juden ein Gleichheitszeichen zwischen Israel und dem Judentum setzen. Wer da nicht mitmacht, ist fahnenflüchtig. Wenn man das Wort „jüdisch“ in beiden Aussprüchen gegen irgendeine andere nationale Bezeichnung vertauscht, wird deutlich, daß es sich hier um simplen Nationalismus im schlechtesten Sinne handelt.

Hier wird eine ideologische Nähe der Zionisten zu ihren ärgsten Feinden ersichtlich, die auch auf andere Bereiche übergreift: „Es lebe Israel!“, rief die NDP schon 1971, als sie einen Wehrdienstverweigerer-Kongreß stürmte (Neues Forum April/Mai 1971) und NDP-Boß Burger bekannte offene Sympathien zur Herut-Partei Begins.



„Neues Geschichtsbuch gefällig?“

Mir selbst ist es vor kurzem bei einer öffentlichen Diskussion in London passiert, daß ich die Leute, die gegen Farbige, Palästinenser, Linke und Homosexuelle geiferten, für Faschisten der „National Front“ hielt – bis sie sich als Mitglieder der „Jewish Defens League“ entpuppten.

Und noch heftiger fast als der Kampf gegen antizionistische Nichtjuden ist der Kampf der Zionisten gegen antizionistische Juden. Davon können eine Reihe von jüdischen Töchtern und Söhnen auch in Österreich ein Lied singen. Auch Kreisky ist von Begin vor allem das eine vorgeworfen worden: Daß er als Jude nicht Zionist geworden ist. Und Kishon läßt Verachtung für jene Juden durchklingen, die nicht nach Israel ausgewandert sind (daß er sich damit mit vielen Antisemiten trifft, ist nur eine Pointe der ganzen Affäre). Kreisky, als einer jener, die sich primär als (jüdische) Österreicher

und nicht, wie Viktor Reimann seine Kronzeitungs-Serie nannte, als Juden in Österreich“ (als Fremdkörper also) fühlen, meinte dazu einmal: „Ich halte die Methode, Juden oder jüdische Abkömmlinge in ihrem Heimatland suspect zu machen, indem man sie als Teil einer sogenannten jüdischen Schicksalsgemeinschaft sowie für Israel reklamiert, damit aber in ihrer wahren Heimat isoliert, für eine umgekehrte Form des Antisemitismus, für einen posthumen Sieg Hitlers“ (Frankfurter Allgemeine, 13. Nov. 1975)

Dies auszusprechen und die Politik Israels zu kritisieren, ist nicht Antisemitismus. Es ist Anti-Zionismus, sicherlich. Doch der Zionismus ist nicht das Judentum schlechthin, es ist eine ideologische Strömung darin. Die Juden in der Arbeiterbewegung waren größtenteils antizionistisch eingestellt, die jüdische Emanzipation wollten sie nicht durch den (zionistischen) Rückgriff auf den Nationalismus, sondern durch die internationale Befreiung der Menschheit durch den Sozialismus erreichen. Österreichische jüdische Politiker der Arbeiterbewegung bekämpften den Zionismus als reaktionär und als bloße Agentur der jüdischen Bourgeoisie (Jacques Hannak). Denn auch im Judentum, wie überall, gibt es Klassen und Klassenspaltung – an gemeinsame jüdische Sonderinteressen glaubten und glauben nur zwei: die Antisemiten (die deshalb die Juden vernichten wollen) und die Zionisten. Kreisky dazu: „Ich bin kein heimlicher Erzfeind des Zionismus. Ich bin aber auch kein Zionist. . . Diese Leute wollen am liebsten jedem einen Judenstern anhängen und bei jeder Gelegenheit das tun, was die Nazis machten, nämlich das Besondere der Juden akzentuieren, etwas was ganz und gar nicht wahr ist.“ (Presse, 5.9.1978).

Sicherlich, Kreiskys Verhalten gegenüber Wiesenthal in der Affäre um SS-Peter war würdelos, seine Politik der Aufwertung der FPÖ und der Berufung von Ministern mit NS-Vergangenheit eine Schande für Österreich. Wir haben all dies schärfstens kritisiert (OL Juni 75, Februar 76). Gegenüber der Schelte, die Kreisky für seine Kritik an der friedensverhindernden, weil zionistischen Politik Israels einstecken mußte, müssen wir ihn aber in Schutz nehmen. Und wir tun dies umso leichter, als wir nicht, wie er, auf dem FPÖ-Auge blind sind.

P.L. ■

Friede den Palästen, Krieg den Hütten

Man wird nicht lange warten müssen, bis der Zweckoptimismus der westlichen Massenmedien über den Rahmenvertrag zwischen Ägypten und Israel nach Camp David einer nüchterneren Beurteilung der Dinge weichen wird. Spätestens dann, wenn es nicht nur um schöne Absichtserklärungen, sondern handfeste Verpflichtungen geht, könnte sich die weiße Friedenstaube als eine gewöhnliche Tontaube entpuppen und deren Schicksal erleiden.

Eine pax americana

Der einzige, der wirklich zufrieden sein durfte, war Carter. Auf dem Tiefpunkt seiner Popularität angelangt, gelang es ihm scheinbar, die denkbar gegensätzlichen Interessen unter einen US-Zylinder zu bringen. Es war tatsächlich eine Art Zauberkunststück, was bekanntlich mit Blendung zu tun hat. Das Zaubermittel hieß in diesem Fall der zwar geschwächte, aber geschenkt noch immer willkommene US-Dollar. Milliarden mußten davon versprochen werden, sowohl an Israel als auch an Ägypten. Darunter für das wohl groteske Friedensprojekt der Weltgeschichte: komplette israelische Militärstützpunkte werden demontiert, um einige Kilometer weiter hinten wieder montiert zu werden. Aber Carter ist – verständlicherweise – das alles noch tausendmal lieber als ein neuer Waffengang der Israelis mit den bisher unabsehbarsten Folgen für die gesamte westliche Welt. Der von den Israelis nach allen Regeln dieser Kunst ständig erpreßte US-Präsident preßte ausgerechnet dem Rechtsextremisten Begin einige Zugeständnisse ab, die aber nur diesem und seinen Gesinnungsgenossen weh-

taten, weil sie in der Zurücknahme der bisher unverblümtesten expansionistischen Konzepte der „Landnahme“ bestanden.

Der eigentliche Preis des Friedens: die Palästinenser

Der ägyptische Präsident spielt sein äußerst riskantes Spiel mit dem Gleichmut eines, dem ohnedies nichts anderes übrigbleibt. Um die Bevölkerung seines Landes, die – vernünftigerweise – den verheißenen Frieden dem ewigen Kriegszustand vorzieht, als Verbündeten auf seiner Seite zu halten, muß Sadat endlich Früchte seiner Politik präsentieren, damit die derzeitige Begeisterung nicht in eine doppelt so bittere Enttäuschung umschlägt und zu Zornausbrüchen führt, wie sie Sadat schon zweimal drastisch erlebt hat. Daher hat sich Sadat mit einem Mindestmaß an unabdingbaren Forderungen gegenüber Israel begnügt – soweit diese Ägyptens unmittelbare Interessen betreffen. Er kann zwar darauf hinweisen, daß er nur für sein Land und nicht für alle betroffenen arabischen Länder verhandeln

konnte. Er kann aber den Hinweis sicher nicht entkräften, daß Voraussetzung jeglicher Handlungsbereitschaft seitens der Israeli – immer schon und nicht erst zu Zeiten Begin – die vollkommene Preisgabe des palästinensischen Volkes und dessen Interessen bei *allen* arabischen Verhandlungspartnern bedeuten würde – und das wissen auch alle. Daher ihre ebenso glaubwürdige Ablehnung der ägyptisch-israelischen Verhandlungen.

Sowohl Frieden als auch Krieg im Nahen Osten?

Und dennoch muß man Sadat anrechnen, daß er bei aller Eigennützigkeit seiner Vorgangsweise einige panarabische Tabus über Bord geworfen hat, die nicht immer durchwegs lauterer Motiven entsprangen. Dazu gehört vor allem die Existenz des Staates Israel, wie problematisch auch seine historischen und gegenwärtigen Grundlagen sein mögen. Allerdings: Solange Israel nicht bereit ist, seinerseits die Existenz des palästinensischen Volkes und seines Rechts auf einen eigenen Staat anzuerkennen, wird jeder mit noch so viel US-Dollar gestützte Frieden im Nahen Osten auf Wüstensand gebaut sein.

Heute schon zeigt sich nämlich, daß die Probleme des Nahen Ostens weder durch bilaterale Verhandlungen, durch Separatfrieden, noch durch Teillösungen einer dauerhaften Regelung zugeführt werden können. Diese Region der Erde ist aus vielen Gründen die explosivste überhaupt. (Es wäre eine bittere Ironie der Geschichte, wenn von hier aus jener Weltuntergang seinen Ausgang nähme, der in den biblischen Prophezeiungen als Apokalypse beschrieben wird.)

Jetzt, wo im unglücklichsten Land des Nahen Ostens, im Libanon die Christen an der Reihe sind, für Fehler und Verbrechen zu büßen, an denen sie allein auch nicht die Schuld tragen, erhebt sich ein Wehklagen in den christlichen Abendländern, denen das vielfach schlimmere und seit Generationen zugefallene Los der Palästinenser bisher noch stets wurscht war und die sich mit Israel aus den gleichen, nur umgestülpten Regungen heraus solidarisieren, die schlicht und einfach im Rassismus (Antisemitismus), Chauvinismus und Kulturdünkel ihren Nährboden haben.

Es ist daher keineswegs paradox, wenn man zum Auftakt der am 10. Oktober begonnenen Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel konstatieren muß, daß im Nahen Osten die (Welt) Kriegsgefahr um keinen Deut geringer geworden ist – im Gegenteil weiß man bisher nur, wie man den Frieden hier *nicht* erreichen kann.

Zsolt Patka ■



Somoza vor dem Sturz?

Die von den USA vor 40 Jahren eingesetzte Diktatur der Somozas wankt. Nach der blutigen Niederschlagung der jüngsten Offensive der Sandinistischen Befreiungsfront und den dabei von der Nationalgarde begangenen Massakern wird es für die Vereinigten Staaten immer schwieriger, ihre ökonomische und militärische Hilfe für dieses nur mehr von der Gewalt der Waffen gestützte Regime fortzusetzen. Da heute praktisch die gesamte Opposition entschlossen ist, den Kampf bis zum Sturz des Diktators fortzusetzen, wird sich auch Carter, will er seiner Menschenrechtspolitik nicht den letzten Rest an Glaubwürdigkeit nehmen, nach einer Alternative zu Somoza umschauen müssen.

Ursprung der Diktatur

Wegen seiner für einen Kanalbau zwischen Atlantik und Pazifik idealen Lage war Nicaragua seit seiner Unabhängigkeit von Spanien Anfang des 19. Jahrhunderts Spielball ausländischer Interessen. Auch nach der Entscheidung für den Kanalbau durch Panama (1902) blieb Nicaragua für die Vereinigten Staaten wegen seiner Nähe zum Kanal wichtig genug, um hier keine ihre Interessen gefährdende Entwicklung zuzulassen.

Zur Sicherung dieser Interessen und zur Unterstützung der Konservativen intervenierten sie ab 1909 mehrmals und hielten Nicaragua jahrelang besetzt. 1926 gelang es, einen Großteil der liberalen Generäle, die gegen die Invasionsarmee gekämpft hatten, dazu zu bewegen, die Waffen niederzulegen. Nur General Augusto Cesar Sandino setzte den Kampf fort, bei dem jetzt Ziele wie Selbstbestimmung, nationale Souveränität, Wiederherstellung der Verfassung und Landreform in den Vordergrund rückten. Nach jahrelangem erfolglosem Anti-Guerilla-Krieg zogen die USA von 1931 an ihre Truppen aus Nicaragua ab, ließen aber eine gut bewaffnete und ausgebildete einheimische Armee, die Nationalgarde, zurück.

An ihrer Spitze stand der in den USA ausgebildete Anastasio Somoza Garcia.

Somoza senior schloß 1933 einen Friedensvertrag mit Sandino und ließ ihn 1934 ermorden. Die Reste seiner de-

mobilisierten Armee wurden schrittweise ausgeschaltet.

Nach dem Sturz Präsident Sacasas (1936) manipulierte Somoza die Verfassung so, daß er auf „legalem Weg“ Präsident werden konnte. Der heutige Diktator Anastasio II Somoza übernahm nach der Ermordung seines Vaters (1956) zunächst das Kommando über die Nationalgarde und 1967 auch die Präsidentschaft, in welcher Funktion er sich 1974 durch eine Wahlfarce bestätigen ließ.

Reichtum und Macht der Somozas

Während die Somozas durch eine Wirtschaftspolitik im Interesse des in- und ausländischen Kapitals ihre politische Macht absichern konnten, erlaubte ihnen die Ausschaltung jeder Opposition durch ein umfassendes Terrorregime auch die Anhäufung ungeheurer wirtschaftlicher Macht. Auf 400 Mio Dollar wird der Wert ihres aus der rücksichtslosen Ausplünderung des Landes gewonnenen Vermögens heute geschätzt.

Der Somoza-Clan ist Eigentümer von mehr als 100 Unternehmen in fast allen Wirtschaftsbereichen, besitzt 25.000 Quadratkilometer Grund (40 % des bebaubaren Bodens), ihm gehören ein Hafen (Puerto Somoza), eine Tageszeitung, zwei TV- und 14 Radiosender, ein Teil der nationalen Fluglinie LANI-

CA, er hat das Exportmonopol über Kaffee, Baumwolle, Tabak usw.

Durch die Kontrolle über die Nationalbank verschafften sich die Somozas günstige Kredite und nützten auch andere staatliche Einrichtungen zur persönlichen Bereicherung. Auch die nach dem verheerenden Erdbeben von 1972 ins Land geflossenen Hilfsgelder verschwanden größtenteils in ihren Taschen.

In den letzten Jahren investierte Somoza auch zunehmend in den Handel mit Drogen und Blut sowie in Casinos.

Die Somozas verfügen über ausgezeichnete Beziehungen zu US-Konzernen, wie US-Steel, der Hotelkette Intercontinental sowie der Fluglinie PANAM. Über Zentralamerikanische Bank und Nicaraguas Nationalbank stehen sie in Verbindung zu internationalen Finanzgruppen wie der Wells Fargo Bank und der Chase Manhattan Bank. Die Beziehungen zu Morgan und Rockefeller sichern Somoza massive Unterstützung in der Republikanischen Partei und im US-Kongreß.

Der ausschlaggebende Grund für die lange Stabilität der Diktatur ist jedoch ihre Rolle als wichtigster Verbündeter und Garant der US-Interessen in dieser Region. Nicaragua diente den USA 1954 als Ausgangsbasis für den Sturz der nationalistischen Regierung Guzman Arbenz in Guatemala. Die mißglückte Invasion der Exil-Kubaner in der Schweinebucht ging von Nicaragua aus.

Die Opposition

1961 wurde unter dem Eindruck der Kubanischen Revolution die „Frente Sandinista de Liberacion“ (FSLN, Sandinistische nationale Befreiungsfront) gegründet. Nach anfänglicher Übernahme von Guevaras Guerillakonzzept und mehreren militärischen Rückschlägen widmete sie sich ab 1970 verstärkt der Arbeit in Massenorganisationen sowie organisatorischen Aufgaben, integrierte immer mehr Bauern in die Organisation und erhielt wachsende Unterstützung in der Bevölkerung. Viele Sympathien brachte ihr die Geiselnahme von Somoza-Freunden im Dezember 1974 ein, auf die Somoza mit der Verhängung des Ausnahmezustandes reagierte. Als nach Carters Amtsantritt der Druck auf die Diktatur wuchs, ihr Terrorregime zu liberalisieren, hob Somoza im September 1977 den Ausnahmezustand auf.

Die FSLN, die in der Zwischenzeit trotz brutaler Repression ihre Verankerung in der Bevölkerung ausbauen konnte, fügte der Nationalgarde in einer Reihe überraschender Angriffe im Oktober 1977 beträchtliche Verluste zu (San Carlos, Ocotal, Masaya. . .). In-



terne Differenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen der FSLN waren jedoch mit dafür verantwortlich, daß diese Aktionen ihr militärisches Ziel verfehlten. Die Überfälle waren von der zahlenmäßig dominierenden, in Stoßtrupps organisierten Fraktionen der „Terceistas“ ausgegangen, die sich aus Marxisten, linken Christen, aber auch Liberalen – oft aus gutbürgerlichem Milieu – zusammensetzt. Ihre Strategie zielt auf ein Bündnis mit der bürgerlichen Opposition ab. Weiters gibt es in der FSLN eine Fraktion, die für die Strategie eines lang andauernden Volkskrieges („guerra popular prolongada“) nach vietnamesischem Vorbild eintritt sowie eine „proletarische“ Fraktion, die vor allem auf Bewußtseinsbildung und Organisation im Bereich der Arbeiterschaft setzt.

Seit der Ermordung Chamorros, des Direktors der einzigen oppositionellen Tageszeitung („La Prensa“) und prominentesten Vertreters der bürgerlichen Opposition, im Jänner dieses Jahres, lösen einander in Nicaragua Generalstreiks und – meist blutig durch die Nationalgarde aufgelöste – Demonstrationen ab.

Auch die bürgerliche Opposition, die sich in der UDEL (Demokratische Be-

freiungsunion) zusammenschloß, sowie Teile der Unternehmerschaft, deren wirtschaftliche Interessen angesichts der Monopolstellung Somozas immer mehr ins Hintertreffen geraten, schlossen sich mehr und mehr der Anti-Somoza-Bewegung an.

Überwogen anfangs in der UDEL noch die Sektoren, die zu einem Dialog mit Somoza bereit waren oder eine Lösung nach dem Motto „weder Somozismus noch Sandinismus“ anstrebten, führten der Tod Chamorros und der wachsende Einfluß der Sandinisten zu einer Stärkung der Sektoren, die zum Bündnis mit der FSLN bereit sind. Die im Frühjahr erfolgte Bildung der FAO (Breite Oppositionsfront), die neben der UDEL eine Reihe politischer Parteien und zwei Gewerkschaften umfaßt, ist Ausdruck der wachsenden Entschlossenheit der oppositionellen Kräfte, eine Lösung ohne Somoza anzustreben.

„Allgemeiner Volksaufstand“

Als der durch die spektakuläre Kommandoaktion der Sandinisten vom 22. August zwei Tage später begonnene Generalstreik ohne sichtbares Ergebnis

blieb und Somoza am 4. September mit einem Schlag im ganzen Land 600 Vertreter der Opposition festnehmen ließ, drohte eine gewisse Demoralisierung Platz zu greifen.

In dieser Situation, in der immer weitere Kreise einsahen, daß ein Generalstreik allein nicht ausreichte, um die Diktatur zu Fall zu bringen, startete die FSLN ihre lange erwartete Offensive und rief zur allgemeinen Volkserhebung auf.

Die Attacke der Sandinisten setzte zugleich in mehreren wichtigen Städten des Landes ein: Sie eroberten Leon, Chinandenga, Eszeli, Rivas, Masaya u.a. In den eroberten Städten schlugen sich zahlreiche junge Burschen („muchachos“) auf die Seite der Sandinisten. Jeweils zehn von ihnen wurden von einem Kader der FSLN kommandiert. Ihre unzureichende Bewaffnung und Ausbildung ließ ihnen aber gegenüber den Panzerwagen der Nationalgarde keine Chance. Sobald der Druck der Regierungstruppen zu stark wurde, zogen sich die Sandinisten aus der Stadt zurück, während die „muchachos“ ihre Waffen versteckten und in den Kreis ihrer Familie zurückkehrten. S. 31 ▶

bücher

Die *Buchbesprechung* wurde für die diesmalige Folge in eine Zeitschriftenbesprechung umgewandelt. Ich möchte die Zeitschrift „Autonomie“ vorstellen, deren 12. und vielleicht letzte Nummer, vor kurzem erschienen ist.

Die Zeitschrift „Autonomie“, mit dem Untertitel „Materialien gegen die Fabrikgesellschaft“ versehen, erschien erstmals Ende 1975 in der BRD. „Die ‚Autonomie‘ entstand. . . in dem Moment, als die linksradikalen Gruppen, die sich als Versuch der organisierten Fortsetzung und Umwandlung der sozialrevolutionären Bewegung gegen Ende der sechziger Jahre verstanden, auseinanderfielen. . . Ausgangspunkt war damals vor etwa drei Jahren die Einsicht, daß die Gruppen nicht nur an der repressiven Realität der BRD zerschellt waren: daß sie vielmehr auch keine angemessene, weil beschränkte und ärmliche Antwort auf den umfassenden Prozeß sozialer Neuzusammensetzung waren. So waren die Diskussionen um die community, den Regionalismus, um die Mikrophysik der Macht und anderes, erste tastende Versuche, uns von den theoretischen und politischen Versteinerungen, die wir 68 ff. erlebt und mitgetragen haben, wieder freizuschaukeln und uns an ein Verständnis der modernen Klassenrealität und ihrer noch fast gänzlich unerforschten Geschichte heranzutasten.“

Soweit die Redaktion der 12er-Nummer über die Entstehung der Zeitschrift und im folgenden über die Gründe für die voraussichtliche Einstellung: „Der Fehler der ‚Autonomie‘ war es, daß sie gegenüber dem Prozeß der – sicher nur teils selbstgewählten – Abschottung der linksradikalen und alternativen Szene blind war; daß es sie nur wenig interessierte, daß hier eine sozialrevolutionäre Bewegung in's Ghetto und die Nutzbarmachung abgedrängt wird.“ –

Einer der interessantesten Artikel der Nummer 12 befaßt sich mit „Kontroversen um Geburtenkontrolle am Vorabend des Ersten Weltkrieges“ und wurde von Karl Heinz Roth zusammengestellt. „Der Rückgang der Geburtenzahlen hat damals in einigen großstädtischen Ballungsgebieten gleichzeitig angefangen und immer größere Regionen erfaßt. Die politische Resonanz in Berlin war am größten, denn Berlin war

Reichshauptstadt. Dieses Vorkriegsberlin hatte auch seinen zugehörigen Skandal: die ‚Gebärstreikdebatte‘ von 1913“.

Drei sozialdemokratische Berliner Ärzte, Bernstein (nicht mit Ede zu verwechseln) Hirschfeld und Moses starteten im Verlauf des Jahres 1912 „. . . eine Veranstaltungskampagne, auf der sie die wichtigsten Methoden der Empfängnisverhütung vorstellten und den Frauen Mut machten, ihr Recht am eigenen Körper durchzusetzen. Der Erfolg war offensichtlich verblüffend. Das lag zweifellos daran, daß es schon seit Jahren unter den Frauen der proletarischen Viertel entsprechende informelle Initiativen gegeben hatte; jedenfalls waren gerade in den Arbeitervierteln die Geburtenzahlen auffällig stark zurückgegangen, nachdem noch bis zur Jahrhundertwende in eben diesen Vierteln die üblichen hohen Geburtenraten mit einer Säuglingssterblichkeit bis zu 26 % verbunden gewesen war. . . Es handelte sich um einen Rückgang, der im wesentlichen durch das Ausbleiben der 3., 4., und 5. Kinder hervorgerufen worden ist.“

Reaktionen auf die Kampagne der Ärzte gab es sofort: Der Berliner Polizeipräsident schloß die Frauen aus den Veranstaltungen der Ärzte aus, ein ärztliches Ehrengericht befaßte sich mit Dr. Moses, die Oberste Heeresleitung schrieb: „Im Jahre 1913 offenbarte sich eine tiefgehende kinderunlustige, ja kinderfeindliche Bewegung in Arbeiterkreisen, die auf die willkürliche Geburtenbeschränkung im System des Klassenstaates aufzubauen gedachte: Der ‚Gebärstreik‘ – dem muß mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.“ „Die sozialdemokratische Parteispitze scheint sich zunächst abwartend verhalten zu haben. Erst im Sommer 1913, also ein dreiviertel Jahr nach Beginn der Kampagne, entschloß sie sich zum Konterschlag. Sie startete. . . im Berliner ‚Vorwärts‘ eine Artikelserie, in der sie die ‚Phrase von einem zu inszenierenden ‚Gebärstreik‘ zurückwies und den ‚gegenwärtig beobachteten Geburtenrückgang‘ als ‚ein Zeichen kapitalistischer Entartung‘ brandmarkte. . . Um die Gegenkampagne perfekt zu machen, berief die Parteispitze die sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins . . . zu einer Versammlung ein. Diese Veranstaltung, die unter dem Motto: ‚Gegen den Ge-

bärstreik‘ stand, sollte Furore machen, war doch von der Parteispitze aus der ‚proletarischen‘ Frauenbewegung alles, was Rang und Namen hatte, herbeizitiert worden, um der in die Partei hineingetragenen Initiative der Proletarierfrauen Berlins den Garaus zu machen.“ Es folgen kurze Ausschnitte aus Reden, Rosa Luxemburg: „. . . Die heutige Versammlung ist ein tiefbeschämendes Beispiel dafür, wie sehr die sozialistische Aufklärung in Berlin noch vernachlässigt ist, wenn es möglich ist, daß eine derartige Losung, wie die des Dr. Moses, hier Beifall finden kann. . . Der von Lasalle in wenigen Jahren zur Strecke gebrachte Genossenschaftsapostel Schulze-Delitzsch war ein Riese im Vergleich zu den Aposteln des Gebärstreiks; er appellierte wenigstens noch an eine gemeinsame soziale Aktion, während man hier die Mittel zur Hilfe – im privaten Schlafzimmer sucht. Man appelliert an die Denkfaulheit und Kurzsichtigkeit der Masse.“ Klara Zetkin: „Aber vergessen wir doch nicht, daß die Proletarierfrau nicht dadurch belastet wird, daß sie mehr Kinder hat, sondern dadurch, daß der Kapitalismus ihr für die von ihr geleistete Arbeit nicht genug gibt, damit sie so wie die Bourgeoisfrau das nötigste für ihre Kinder tun, nämlich genügend Hilfskräfte einstellen kann. Hohe Kinderzahl soll die Proletarierin angeblich von gewerkschaftlichem und politischem Kampf zurückhalten. Ach, sehen Sie sich doch unsere Bewegung an, Sie finden nirgendwo einen Beweis für diese Behauptung. . . Und wenn Sie aufhören Soldaten zu zeugen, dann hören Sie auch auf, Soldaten der Revolution zu zeugen!“ Die Versammlung hatte nicht den von der Parteispitze erwarteten Erfolg, denn entgegen den Ansichten von Luxemburg, Zetkin u.a. unterstützte die Mehrheit der sozialdemokratischen Frauen die Gebärstreikpropaganda und stellte sich offen gegen die „Führerinnen“.

Es sollen noch einige der in verschiedenen „Autonomie“-Heften enthaltenen Artikel ganz kurz vorgestellt werden, um die Themenvielfalt aufzuzeigen. „Taylor in Rußland“ befaßt sich mit der Einführung des Taylorismus in der UdSSR ab etwa 1921 (Nr. 1); „Die Reiberger“ mit dem Leben und dem Widerstand der Berliner Erdarbeiter um 1830 (Nr. 4). Soweit zu „geschichtlichen“ Themen. Weiters: Schilderungen über den Alltag Arbeitsloser in Italien (Nr. 6), eine USA-Nummer, die sich mit Selbstorganisation, Alternativprojekten, Frauenbetrieben u. a. auseinandersetzt (Nr. 7), Bericht eines französischen Psychiaters über seine Haftbedingungen in der BRD (Nr. 8) und vieles andere. – Etliche Nummern der „Autonomie“ gibt's noch in Buchhandlungen und im FöJ-Archiv.

Hermann Fritzl ■

Nach der Rückeroberung der Städte, die eine nach der anderen durch massive Angriffe von Flugzeugen, Artillerie und Feuer aus schweren Maschinengewehren sturmreif geschossen wurden (ohne jede Rücksicht auf die Zivilbevölkerung), kam es jeweils zu „Säuberungen“, das heißt zur Massenexekution von Personen, die verdächtigt wurden, die Sandinisten unterstützt zu haben. Die Zahl der bis zur Beendigung der Kämpfe am 22. September insgesamt Getöteten wird vom Roten Kreuz mit 1.500 angegeben, dürfte aber weit höher liegen.

„Bis zum Sturz der Diktatur“

Die Atempause, die sich Somoza durch den neuerlichen Sieg seiner durch ausländische Söldner und Truppen des CONDECA (zentralamerikanischer Militärpakt, der nicht ohne Wissen des Pentagon in Aktion tritt) verstärkten Nationalgarde verschafft hat, wird von kurzer Dauer sein. Während die Sandinisten heute mehr Zulauf erhalten als jemals zuvor, bildete sich Ende September in Verhandlungen zwischen Vertretern der FAO sowie der Gruppe der 12 (Persönlichkeiten aus dem liber-bürgerlichen Lager, die schon im vergangenen Oktober mit einer gegen Somoza gerichteten Erklärung an die Öffentlichkeit getreten waren und heute eng mit der FSLN zusammenarbeiten) in Costa Rica eine Gegenregierung.

Ein wesentlicher Faktor für die weiteren Perspektiven der Diktatur ist die bisher widersprüchliche Haltung der USA: Noch vor kurzem lieferten sie 20 Geschütze an die Nationalgarde, heute beklagen sie heuchlerisch die mit diesen Waffen angerichteten Massaker.

Carter sieht sich einem Dilemma gegenüber: Setzt er die Unterstützung Somozas fort, riskiert er, daß sein mühsam gehegtes Menschenrechts-Image durch dieses Land Zentralamerikas endgültig widerlegt wird. Andererseits haben die USA in Nicaragua erhebliche Summen investiert, die Carter durch eine Regierung unter FSLN-Beteiligung gefährdet sieht. Bei der Übertragung der Macht an eine bürgerliche Regierung ohne Einschluß der Sandinisten besteht die reale Gefahr, daß diese weiterhin einen die politische Stabilität des Regimes bedrohenden Faktor darstellen würden. Die aus diesem Dilemma resultierende zögernde Haltung der US-Regierung begünstigt zur Zeit die weitere Polarisierung zwischen Somoza und seinen Gegnern: Die Vermittlungsversuche der USA kommen zu spät.

Der weltweit bekannte Priester und Poet Ernesto Cardenal drückt die Entschlossenheit der Opposition aus, wenn er erklärt: „Das ist ein Krieg. Aber es ist ein Krieg des nicaraguanischen Volkes, das den Tod nicht scheut. Es ist ein ungleicher Kampf, der aber nicht aufhören wird, ehe Somoza und der Somozismus gestürzt sind.“

Der Sandinist Miguel Castaneda, auf Rundreise durch Europa, stellt in Ergänzung dazu – in Übereinstimmung mit dem überwiegenden Teil der nicaraguanischen Opposition – fest: „Die USA haben nicht verstanden oder wollen nicht verstehen, daß es ohne Unterstützung der Sandinistischen Front, ohne die Unterstützung des Volkes, nicht möglich ist, in Nicaragua zu regieren noch einen Ausweg aus der aktuellen politischen, ökonomischen und sozialen Krise zu finden.“

hekl ■



adressen + + + kontaktadressen + + +

▶ Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke (WOGA)

1060 Wien, Hirschengasse 3 im Hof rechts, Mo. bis Fr. 17-20 Uhr

▶ Aktion Mütter gegen AKW

Journaldienst Mo. bis Fr. 9-18 Uhr im Grünladen 1040 Wien, Karolinengasse 1, Ecke Prinz-Eugen-Straße Telefon 65 88 25

▶ Anti-AKW-Koordinationsstelle

1090 Wien, Liechtensteinstraße 13, Mo. bis Fr. vorm. Telefon 31 55 66

▶ Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke

1180 Wien, F. Schallmeiner, Herbeckstraße 75/10/10

● Lest, abonniert, verbreitet

INITIATIV

Zeitung der Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner

+ + + kontaktadressen + + + kontakt



nein

Volksabstimmung

5.11.78